



Demokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Abstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlegung der
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh

2. Jahrgang.

Dienstag, 10. Oktober 1922.

Nr. 238.

„Ausbauen und vertiefen.“

Die Sieger im Kampfe um die Verteilung der Ministerstellen sind guter Laune. Allen voran sind es natürlich die nationaldemokratischen und agrarischen Blätter, deren Parteien in der Sonne der allnationalen Koalition zur Pauschigkeit gediehen sind, die ihrer fatten Zufriedenheit über die Wiedergeburt der Koalition Ausdruck geben. Wem so wie ihnen beim Wahle die fettesten Broden zugefallen sind, und wem sich auf Grund der gewonnenen Machtstellung so erfreuliche Perspektiven für die Zukunft eröffnen, der hat allerdings Ursache, zufrieden zu sein. Dem Reigen der Wohlgeleiteten haben sich auch die Merkanten angeschlossen; wie sollten sie auch nicht an dem Jubel teilnehmen, da doch die Stärkung der kapitalistisch-agrarisch-reaktionären Position in der Regierung auch ihnen zufließen kommt. Das Hauptblatt der tschechischen Merkanten sieht denn auch den Himmel voller Geigen, lobt die in die Regierung ein tretende Pötkä über den grünen Alee, feiert sie als eine Institution, die kein zweiter Staat so glücklich sei, sein eigen zu nennen, und behauptet, der Eintritt der Pötkä in die Regierung bedeute, daß das System der nationalen Konzentration einen „Ausbau“ und eine „Vertiefung“ erfahren soll, damit es im gegebenen Falle auch für längere Zeit ein Instrument des allnationalen Willens werde. Im seligen Ueberdruß der Gefühle nennt das Blatt die Konzentrationsregierung das „allerfähigste und zweckdienlichste Werkzeug des nationalen Willens.“ Und es benützt die Gelegenheit, um der Regierung Lufar, welche die Merkanten und Nationaldemokraten ausgeschlossen hatte, einen Gelfußtritt zu verfechten, indem es behauptet, daß bei dieser Regierung, die nicht im Zeichen der allnationalen Konzentration stand, sofort zu spüren war, wie die Republik auf der abschüssigen Ebene abwärts glitt, der Staat in Schulden verfiel, und die staatliche Wirtschaft umgestürzt wurde. Als ob der Staat jetzt im Zeichen der allnationalen Herrlichkeit keine Schulden hätte und seine Wirtschaft und Finanzen in herrlicher Ordnung wären! Das alles drückt nur die Sorge aus, es könnte — heftiger Stramit ver hüten es! — einmal das Ende der allnationalen Koalition kommen, unter deren Deckmantel die kapitalistisch-merkantilen Mächten ihre Herrschaft errichten konnten.

Also: die Konzentrationspolitik soll „ausgebaut“ und „vertieft“ werden! Daß dieser Wunsch den bürgerlichen Parteien aus dem Herzen geht, wird man ohne weiteres glauben. Wie es mit dem „ausbauen“ und „vertiefen“ aber bestellt ist, konnte man an den Schwierigkeiten erkennen, die sich der Neubildung der Regierung entgegenstellten und die schließlich noch im letzten Augenblick an den gegenseitigen Intrigen der angeblich in schönster Eintracht miteinander verbündeten tschechischen Parteien zu scheitern drohten. Sie stehen in der intimsten Feindschaft zueinander, haben noch rote Köpfe von der Balgerei um die Ministerstellen und möchten der Welt einreden, ihre unter Reizen und Stöhnen zustandegekommene Einigung werde für längere Zeit ein „Instrument des allnationalen Willens“ sein. Der selbige Potemkin könnte an diesen auf Täuschung berechneten Aktrapezen keine Freude haben. Und sie wollen sie noch „ausbauen“ und „vertiefen“! Wer erinnert sich da nicht des österreichischen Bündnisses mit Italien, das — wenigstens in den „Redungen“ und Betrachtungen der „Neuen freien Presse“ — ständig „ausgebaut“ und „vertieft“ wurde, solange, bis der Krieg kam, der Italien an der Seite der — Ententemächte fand! Die „Ausbauer“ und „Vertiefer“ bauen Kartenhäuser und halten sie in rührender Selbstvergeffenheit für wirkliche Häuser, glauben sie für die Ewigkeit fest begründet, so daß sie sich der Verpflichtung entheben fühlen, für ein wirklich schützendes Dach zu sorgen, und vergessen ganz, daß schon der nächste Sturm, die nächsten Wahlen, alle ihre eingebildete Herrlichkeit über den Haufen werfen kann. Wenn das schöne Kartenhaus nicht schon vorher in alle Winde zerflattert sein wird.

Streit im Ostrauer Kohlenrevier.

Beschluß der Betriebsrätekonferenz.

Mähr.-Ostau, 8. Oktober. Unter Beteiligung von mehr als 400 Mitgliedern der Betriebsräte und Gruppenvorständen fand heute im Arbeiterhause in Lajh eine Revierbergarbeiterkonferenz statt. Nach den Berichten der Funktionäre des Revierausschusses wurde beinahe ohne Debatte die gestrige Entschließung des Revierausschusses, am 9. Oktober in allen Kohlenbetrieben des Ostau-Karwiner Reviers die Arbeit einzustellen, einstimmig angenommen. Die Streikausschüsse ordnen an, daß auf den Zechen nur die Pumarbeiten durchgeführt werden. Andere Arbeiten dürfen nicht ausgeführt werden. Die Arbeiten in den Koffereien beschränken sich auf das notwendige Mindestmaß. Die Elektrizitätszentralen werden nur in dem Maße arbeiten, als Strom für die Wasser- und Luftpumpen notwendig ist. Falls der Streit innerhalb einer Woche nicht beendet ist, wird am 16. Oktober in der ganzen Republik der allgemeine Bergarbeiterstreik beginnen.

Der Streikbeginn.

Mähr.-Ostau, 9. Oktober. (Tsch. B.-B.) Obwohl bisher noch nicht aus allen Gruben des hiesigen Revieres Berichte eingetroffen sind, ist es bereits offenkundig, daß der Streik ein allgemeiner ist. Zur Arbeit haben sich nur die für die notwendigsten Arbeiten erforderlichen Arbeiter eingeschunden. Die Polizeibehörden trafen verschiedene außerordentliche Verfügungen, namentlich haben sie den Verkauf von geistigen Getränken verboten und die Sperrstunde für alle öffentlichen Lokale auf einen früheren Zeitpunkt festgesetzt. Da die Lokalbahnen den elektrischen Strom aus den hiesigen Gruben beziehen, ist zu befürchten, daß auch ihr Betrieb unterbrochen werden wird.

Einstellung der schlesischen Landesbahnen wegen des Streiks.

Mähr.-Ostau, 9. Oktober. Infolge des Bergarbeiterstreiks wurde heute um 10 Uhr vormittags der Verkehr auf allen schlesischen Landesbahnen eingestellt, da der elektrische Strom fehlt. Heute sind bei den Reviergruben entsprechend dem Beschlusse der Revierkonferenz und der Streikausschüsse bloß die Maschinenisten, Heizer und die Pumpenbedienungsmannschaft angetreten. Sonst herrscht im ganzen Revier Ruhe.

Berlekung der neutralen Zone.

Drohender Kriegsbruch. — Ein Ultimatum an Kemal Pascha.

London, 9. Oktober. Reuters meldet unter gestrigem Datum: Die Türken haben die neutrale Zone bei Jomid verlegt. Eine türkische Division hat die Jarmenit-Linie überschritten und Kara-Insej besetzt, während türkische Kavallerie bis Schile, an der Küste des Schwarzen Meeres vorgebrungen ist. Diese Truppenbewegungen sind ein Bruch des Versprechens, zur Vermeidung eines Zwischenfalles alle derartigen Bewegungen zu vermeiden. Die französischen und italienischen Generäle haben Kemal Pascha ein Schreiben des Generals Harrington überreicht, in dem auf den ersten Charakter des Bruches Kemal und der positiven Zusage Kemal Paschas hingewiesen und erklärt wird, daß die Verantwortung für die Berlekung der neutralen Zone auf Seiten der Türken liege, da die britischen Truppen die größte Rücksicht an den Tag gelegt hätten und daß die Mächte im übrigen jetzt zugestimmt hätten, die Besetzung Thraziens durch türkische Gendarmerie innerhalb eines Monats zu gestatten, vorausgesetzt, daß sich die Türken hinter die neutrale Zone zurückziehen. Infolgedessen ersucht General Harrington Kemal, die türkischen Streitkräfte zurückzuziehen, da sonst die Folgen auf ihn zurückfallen würden.

Ferner wird aus Thanaol berichtet, daß anstelle von Kavallerie in der dortigen Gegend Infanterie eingesetzt worden ist. Um 3 Uhr brachte der Adjutant Jomeds ein Schreiben des letzteren an General Harrington. General Harrington hat jetzt die Instruktionen der britischen Regierung erhalten. Die Franzosen und Italiener warten solche noch ab. Die Sitzung der Konferenz, die um 3 Uhr angesetzt wurde, wurde auf den Abend verschoben und Perstorfer nach Konstantinopel geschickt, um die fehlenden Instruktionen zu holen.

Wen wollen denn die Koalitionsparteien darüber täuschen, daß das, was sie heute noch mühselig beisammehält, recht weit vom allnationalen Koalitionsgedanken liegt. Man weiß doch, daß es der Wunsch ist, die Neuwahlen rücksicht weit hinauszuschieben, der sie vorläufig noch zusammenzwingt. Solange es geht, den Staat zu bauen und ihm die ersten Grundlagen zu geben, möchte die innere Kraft der Ideologie der allnationalen Koalition noch vorhalten, eine Kraft, welche der allnationalen Gedanke heute längst eingebüßt hat. Wenn diese Koalition trotz der schweren Gegenläge, die sie ständig zu spüren drohen, noch immer lebt, so nur deshalb, weil die einen in ihr einen Schutzschirm vor dem drohenden Untergang der Neuwahlen, die anderen ein Mittel erblicken, um ihre Macht befestigen zu können. Die alberne, verantwortungslose Politik der demagogischen Parteien vermag diese Koalitionspolitik wohl von Zeit zu Zeit zu galvanisieren, aber schließlich muß sie an ihren inneren Gegenläge zusammenbrechen. Nicht alle Parteien, welche in der Koalition stehen, fühlen sich darin so „samtwohl“, wie die Merkanten und die Nationaldemokraten, und nicht gerade letzten Endes haben die Wähler auch noch ein Wort dreinzusprechen. Die Sphinx Slowakei allein schon kann die Koalitionsglieder den Felsen hinunterstürzen.

Die innere Schwäche und Widersinnigkeit der Koalition wird aber am deutlichsten aus der Verengerung des Bodens ihrer Wirksamkeit ersichtlich. Ihre Möglichkeiten auf Einigung über ein gemeinsames Arbeitsprogramm werden immer geringer und erfordern von den sozialistischen Parteien immer größere Opfer. Die bürgerlich-reaktionären Parteien verstehen es wohl, dabei ihren Vorteil zu sichern, aber daß auch die sozialistischen Parteien dabei derart auf ihre Rechnung kämen, daß ihren Wählern die für die Koalition geleistete Robott auf die Dauer verlockend erscheinen könnte, läßt sich nicht denken. Was beispielsweise jetzt an Nachrichten über das Arbeitsprogramm der neuen Regierung durchsickert, läßt darauf schließen, daß dieses Programm — über das noch zu sprechen sein wird — von demokratischen und sozialistischen Gesichtspunkten aus betrachtet, so dürftig und unzureichend erscheint, wie es eben nur eine am Ende ihres Lateins angelkommene Koalition hervorbringen vermag.

Die tschechisch-bürgerliche Presse mag sich noch so sehr der Wiederaufrichtung der Koalition freuen, von ihrem „Ausbau“ und ihrer „Vertiefung“ deklamieren, die in ihr wohnenden Gegenläge sind zu groß, als daß die Koalition für sie die Klammer abgeben könnte.

Der Streit der Ostrauer Bergarbeiter.

Mit dem gestrigen Tage hat im Ostrauer Kohlenrevier ein schwerer Kampf zwischen Kapital und Arbeit eingesetzt, der eine gewaltige Ausdehnung gewinnen kann. 50.000 Bergarbeiter haben in diesem größten Kohlenrevier der Republik die Arbeit schon eingestellt und dreimal so viele können es werden, wenn es zu einem allgemeinen Streik im Bergbau kommt. Der Waffenstillstand im Bergbau hat gerade ein halbes Jahr angehalten.

Der letzte Gesamtstreik der Bergarbeiter in der tschechoslowakischen Republik ist durch die sogenannten Prager Vereinbarungen am 12. Februar beendet worden. Damals wurde zwischen Unternehmern und Arbeitern ein Abkommen getroffen, nach dem die Methode der Lohnregelung bis zum 31. August bestimmt und von beiden Teilen allgemein der Grundsatz anerkannt wurde, Lohnabbau nur insoweit als Preisabbau. Paritätische Kommissionen sollten den jeweiligen Preisabbau feststellen, der die Grundlage der Löhne in jedem Revier werden sollte. Diese Vereinbarungen sind nun am 31. August tatsächlich abgelaufen und von den Ostrauer Unternehmern in aller Form gekündigt worden. Die Ostrauer Bergarbeiter haben mit Recht betont, daß die Prager Vereinbarungen sich auf die ganze Tschechoslowakei beziehen und daher nur als Ganzes, das heißt für die tschechoslowakische Republik kündbar sind. Die Vertreter der Bergarbeiterkoalition haben diesen Standpunkt bei den unter Vermittlung der Regierung stattgefundenen Verhandlungen am 20. September bestätigt. Die Ostrauer Grubenbarone wollten jedoch einseitig neue Lohn- und Arbeitsbedingungen durchsetzen und gaben am 23. September einen Aufruf heraus, durch welchen sie Ein- und Ausfuhr der Arbeiter in die Gruben nicht mehr in die Arbeitszeit einrechnen wollten, die Samstagsschicht von sechs auf acht Stunden ausdehnen und den Gehaltslohn kräftig — um etwa 30 Proz. — herabsenken. Die Ostrauer Bergarbeiter, die zu Verhandlungen bereit waren, haben daraufhin eine gemeinsame Konferenz vorgeschlagen, die aber von den Unternehmern abgelehnt wurde. Die Unternehmer wollen eben überhaupt nicht verhandeln, sondern ihr Diktat durchführen. In der Antwort, die sie den Arbeitern auf ihr Ansuchen um Verhandlungen erteilt haben, sprachen sie davon, daß im Hinblick auf die höhere Bewertung der Krone ein Abbau der Löhne um 60 Prozent am Plage wäre! Die Herren, die mit solcher nationalökonomischer Weisheit kommen, sollen doch den Bergarbeitern nachweisen, daß die Lebenshaltungskosten in den letzten Monaten auch um 66 Prozent gesunken sind. Aber sie erachten den Zeitpunkt für gekommen, wo man der Arbeiterchaft eben alles bieten kann. Ein solch provokatives Verhalten wollten sich die Ostrauer Bergarbeiter nicht gefallen lassen und so hat die Betriebsrätekonferenz, die am Sonntag stattfand, den Streik aller Bergarbeiter im Ostrauer Revier beschlossen. Seltener ist ein Kampf von den Unternehmern so unverblümt und absichtlich provoziert worden, wie der Streit der Ostrauer Bergarbeiter. Sie verhehlen es nicht, daß sie die Arbeitsbedingungen der Arbeiter brutal verschlechtern und den Arbeitern einen Teil der von diesen in den letzten Jahren errungenen Vorteile einfach wegnehmen wollen.

Neben den Unternehmern trifft aber ein gewisses Maß von Schuld die eben abgetretene Regierung Beneš, eine Regierung, deren Chef sich für jede auswärtige „Situation“ interessiert hat, aber nicht die Gewitterwolken gesehen hat, die infolge der Wirtschaftskrise über dem eigenen Lande aufgestiegen sind. Monatelang spricht man von einer erheblichen Reduktion der Kohlenabgabe, die in ganz anderer Weise die Konkurrenzfähigkeit unserer Kohle auf dem Weltmarkt wieder herstellen könnte als ein noch so großer Abbau der Löhne. Wir haben dies vor einigen Tagen gezeigt, als wir nachwiesen, daß selbst eine Senkung der Löhne um 20 Prozent eine Verbilligung der Kohle um nur vier Prozent nach sich ziehen würde, während eine Ermäßigung der Kohlensteuer und Fracht um 25 Prozent eine Senkung des Kohlenpreises um 15 Prozent zur Folge hätte. Daburh, daß die Regierung nicht die Kohlenabgabe sofort im Verhältnis zum gestiegenen Kronenwert herabgesetzt hat, hat sie es zum Konflikt direkt getrieben, den Angriff der Unternehmer begünstigt.

Die katastrophale Wirtschaftspolitik der Regierung treibt zu schweren sozialen Kämpfen und es ist ihre Pflicht — da in Ostau der Streit schon ausgebrochen ist — wenigstens eingzugrei-

fen, und Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes einzubringen, damit der angekündigte Gesamtstreik der Bergarbeiterschaft abgewendet werde und damit die fürchterliche Gefahr, vor der die tschechoslowakische Wirtschaft steht.

Inland.

Die Partei der Nationalen, deren auffallendes Merkmal es ist, jede Woche eine neue „Action“ zu beschließen, ohne jemals eine auszuführen, hat zum Beweise ihrer immer noch währenden Existenz jetzt eben wieder einen neuen Schläger gefunden: „Bezirks-Abwehrgausschüsse“ und „Betriebs-Abwehrgausschüsse“ heißt die Parole. Diese neue Art Ausschüsse ist das jüngste Rezept der Kommunisten zur Wiederherstellung der proletarischen Einheitsfront, die sie vorher strupplos und leichtfertig zerlegt haben. Es ist charakteristisch, daß der erste dieser Bezirksabwehrgausschüsse in Reichenberg entstanden ist. Die Arbeiterbewegung in diesem Gebiete war fast ein halbes Jahrhundert hindurch in ihrer Geschlossenheit und unbesiegbaren Stärke ein leuchtendes Beispiel für das ganze Proletariat, war musterhaft und führend — bis zu dem Tage, da die Moskau-er Vöhner ansetzten. Nun haben sie zwei Jahre hindurch gewählt und zerlegt, unterminiert und gesprengt. Auf den Trümmern wend, schuldig geworden und rasselnd, preisen sie nun der Arbeiterschaft Tag für Tag ein neues Mittel an, mit welchem die schweren Wunden und Risse angeblich zu verpflochten wären. Aber alle, die in der Arbeiterbewegung von Ernst und Verantwortungsbewußtsein befeuert sind, wissen längst, was sie von solchen Schwindeleien zu halten haben und schämen ihre unterschiedlichen Parolen — auch die jüngste von den „Bezirks-Abwehrgausschüssen“ — immer gleich und immer richtig ein. — In der ersten Sitzung des Reichsbüros, „Bezirks-Abwehrgausschüssen“, der zur Bildung von „Betriebs-Abwehrgausschüssen“ auffordert, haben weder die deutschen noch die tschechischen Sozialdemokraten und tschechischen Nationalsozialisten teilgenommen; die Arbeiterorganisationen, sowohl Parteien als auch Gewerkschaften, haben mit diesen neuen kommunistischen Reklambildern nichts zu tun und wollen damit auch weiterhin nichts zu tun haben. Der Reichsbüro-Bezirks-Abwehrgausschuss richtet in einem langatmigen Aufruf an die dortige Arbeiterschaft die entscheidende Frage, was die nichtkommunistischen Arbeiterorganisationen an Stelle der Abwehrgausschüsse vorschlagen, „damit die Arbeiterschaft endlich zur Einheitsfront komme“. Diese Frage ist rasch beantwortet: die proletarische Einheitsfront wird kommen, wenn die Arbeiterschaft den letzten Rest der kommunistischen Ideologie überwinden, ihrer Spaltungstaktik den letzten Stoß versetzt haben und wieder vollständig zur revolutionären Sozialdemokratie zurückgekehrt sein wird.

„Und bei uns?“ Der Artikel, den wir vor einigen Tagen unter diesem Titel veröffentlichten und in dem wir das Problem der Einigung mit der tschechischen Sozialdemokratie einer kritischen Prüfung unterzogen, hat den Reichsbüro, „Vorwärts“ veranlaßt, den letzten Vortrat an „revolutionärer“ Entrüstung und „sozialistischem“ Witz an uns zu verschwenden. Er entwirrt sich darüber, daß wir die Koalitionspolitik der tschechischen Sozialdemokratie eine Dummheit genannt haben und zieht daraus den wahrhaft tiefinnigen und völlig erschütternden Schluß, daß uns der krasseste Opportunismus abhält, in die Koalition einzutreten. An diesem logischen Saltomortale hindert den von allen opportunistischen Sünden allezeit freien Nachbar Moskau nicht der klare Sinn, daß wir den tschechischen Sozialdemokraten es als Dummheit anrechnen, an der ihnen so schädlichen Koalitionspolitik festzuhalten, daß wir

Die Wiederwahl Eberts gesichert.

Einigung der Parteien der Reichstagsmehrheit auf Ebert.

Berlin, 9. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Um bei der augenblicklich ungünstigen wirtschaftlichen und politischen Lage die Neuwahl des Reichspräsidenten nicht zu einem kostspieligen Verfahren zu machen, sind die Vertreter der Regierungsparteien nach Verständigung mit dem Reichskanzler dahin übereingekommen, ein überparteiliches Komitee zu bilden, das den bisherigen Reichspräsidenten Ebert wieder aufstellen soll. Damit wäre dessen Wiederwahl ohne weiteres mit großer Mehrheit gesichert. Es lag nahe, daß man auch die deutsche Volkspartei für diese Kandidatur gewinnen wollte, zumal aus deren Reihen Stimmen laut geworden waren, die einen Wahlkampf um die Person des Reichspräsidenten vermeiden wollten. Die Deutsche Volkspartei scheint nun

aber die Absicht zu haben, aus diesem Vorgang einen Gewinn für die eigene Partei herauszuholen und die Zustimmung zur Kandidatur Eberts mit einer Erweiterung der Koalition nach rechts zu verknüpfen. Die Demokraten und das Zentrum sind auch nicht abgeneigt, auf dieses Geschäft einzugehen. Für die Vereinigte Sozialdemokratie kann allerdings die Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die Regierung nicht in Frage kommen, denn das würde bedeuten, daß das Groskapital, das ohnehin sich wirtschaftlich eine sehr starke Position geschaffen hat, auch politisch seinen Einfluß zu befestigen suchen würde. Die Sozialdemokraten werden im Gegenteil alles daran setzen, um endlich die so notwendige Bekämpfung des proletarischen Einflusses auf die Gesetzgebung und die Verwaltung zu erzielen.

bedeutet das: „unserer großen Familie“? Sind die Tschechen damit gemeint? Oder denkt Minister Bechyně wahrhaft international an die große Völkergemeinschaft? Es wäre nützlich, wenn er jedenfalls in seinen nächsten Rundgeburgen ganz eindeutiger Ausdrücke sich bedienen würde.

Auch in der Agrarpartei Drach's Raum hat die Agrarpartei die Opposition der kleinen Landwirte überwunden, tritt nun eine andere Strömung in der Partei auf, die gegen die Politik der offiziellen Führung der Partei Sturm schlägt. Ihr Zentrum hat die Opposition in dem landwirtschaftlichen Gebiete des böhmisch-mährischen Höhenzuges; ihr Organ ist der „Havlíakův kraj“. Das Blatt bringt die Nachricht, daß in der Sitzung der Parteizentrale der gegnerischen Partei am 27. September, in der über den Eintritt in die Regierung verhandelt wurde, eine Reihe der anderen Anwesenden gegen den Eintritt in die Regierung gestimmt habe. Es handelt sich hier zweifellos um den Gegensatz zwischen Svehla und Staněl. Während Staněl in allen Verhandlungen für die sofortige Erhöhung der Agrarpolitik agitiert, hat Svehla die Lösung dieser Frage, um daran die Koalition und die Regierungsbildung nicht scheitern zu lassen, hinausgeschoben. Die Opposition gedenkt eine Konferenz der politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Agrarpartei des böhmisch-mährischen Höhenzuges einzuberufen, auf der endgültig über das weitere Vorgehen Beschlüsse gefaßt werden sollen. Diese Erklärungen dienen gewiß nicht dazu, die Stellung der Regierung zu festigen.

Der scheidende Minister Cerny reist heute nach Brünn ab, wo er wiederum die Führung der politischen Landesverwaltung in Mähren übernimmt.

Die Verflaubung Oesterreichs.

Seipel bei Seiz.

Wien, 9. Oktober. (Eigenbericht.) Heute Mittag hat der Bundeskanzler Seipel beim Präsidenten Seiz vorgesprochen, der auch das Präsidium des sozialdemokratischen Verbandes zu der Unterredung zugezogen hat. Seipel las die drei Protokolle vor mit den ökonomischen und finanziellen Berichten des Völkerbundes, die er auch dem Parlament vorlegen will. Er erklärte, daß diese drei Protokolle zusammen als eine Konvention zu betrachten sind, die vom Parlament genehmigt werden müsse. Genosse Seiz

verwies darauf, daß die sozialdemokratische Parteiretention und der sozialdemokratische Parteitag in der nächsten Woche über die endgültige Stellung zu den Genfer Vereinbarungen entschieden werden. Damit war die Unterredung zu Ende. Die Berichte der bürgerlichen Blätter über angebliche Absichten der Sozialdemokraten sind nicht richtig, da die Sozialdemokraten erst auf dem Parteitag über ihre Stellung entscheiden werden.

wahrhaftig die sozialistisch-prinzipielle Unmöglichkeit einer solchen Koalitionspolitik schon hundemal mehr behauptet. Aber die Reichsbüro, die jetzt das traurige Geschäft haben, Moskau von allen Prinzipien unbeführte Reize in den Kapitalismus ihren Schäflein zu verleugnen oder zu „interpretieren“, haben keine dringendere Sorge als uns des Opportunismus zu zeihen, weil wir nicht die Koalitionspolitik mitmachen wollen, weil wir sie auch als Dummheit kennzeichnen. Für den pharisaischen Nationalismus dieser Art werden die Reichsbüro Herrschaften wohl auch bei ihren Unentwegtesten vergänglich um Glauben werden. Doch auch über die Motive, warum wir über die Möglichkeit sozialistischer Einigung nachdenken, sie zum Gegenstande unserer sozialistischen Willens machen, ist sich der „Vorwärts“ klar. Wir wollen den Anschluß — man höre und entrüste sich — an die tschechische Parteikasse. Jetzt sind wir wirklich durchsichtig. Zwar haben nach den tagtäglich veröffentlichten Kommunisten die tschechischen Sozialdemokraten überhaupt keine Anhänger mehr und der uns vom „Vorwärts“ zugesprochene Plan, mit ihnen zusammen doch noch eine starke Partei zu bilden, ist nicht zu verwirklichen. Aber sie haben doch noch immer nach der durch russische Parteifassen genährten Phantasie unserer Kommunisten eine Parteikasse. Und dieser Kasse wegen reden wir den tschechischen Sozialdemokraten zu, doch die weitere „Dummheit“ einer Koalition mit den Feinden der Arbeiterschaft aufzugeben und sich mit uns zu verbinden. In der großen Konvention dieser kommunistischen Kritik, in der logische, politische und ökonomische Widersprüche durcheinander wirbeln, ist nur eines klar, überzeugend und beweisbar: Die Kommunisten müssen ununterbrochen an das verlorene Paradies der Moskauer Parteifassen denken und — wie der Schelm ist, so denkt er — übertragen sie ihre lüsterne Gedanken auf uns. Wir müssen ihnen aber zu ihrem Leidwesen eingesehen, daß wir

in keiner Hinsicht für das Moskowitzertum sugestibel sind. Darum ist uns auch das Geklische nach fremden Parteifassen fremd. Ebenso wie das Geklische nach einem Ministerfanteuil, das er uns auch suggerieren möchte, womit er aber nur Herrn Dr. Schmerals geheimste Absichten aus Tageslicht zerrt. Jeden Tag streben die Kommunisten alle möglichen Parteien an, sich mit ihnen in eine Einheitsfront zu stellen (auch Deutschgelbe, wenns darauf ankommt). Der kommunistische Imperialismus, der Wunsch, sich alle dienbar zu machen und den eigenen Bankrott zu verschleiern, wird durch den täglichen Sinauswurf nicht gemindert. Wir aber, die den ersten Willen zur Einheit der Sozialisten gegen das Bürgertum anstreben, leiden an der Krankheit, daß wir uns für Oppositionelle halten und haben dabei den Appetit nach fremden Parteifassen. Das ist der letzte Witz und die letzte Weisheit von Reichsbüro. Wir kondolieren.

Unklarheiten in einer Ministerrede. Der neue Schulminister Rudolf Bechyně wurde gelegentlich der Eröffnung seiner Tätigkeit am Montag, den 9. d. M. vom Sektionschef Pisal im Namen der gesamten Beamenschaft dieses Ressorts begrüßt. In seiner Antwort dankte er für den Empfang und erklärte dann u. a.: „Ich meine nicht, zu sagen, daß sich das Ministerium für Schule und Volksschulbildung bereits bewährt hat.“ Das ist ein sehr verkäuflicher Satz. Meint Minister Bechyně, daß es sich an den Deutschen — bewährt hat und wird es sich weiterhin so bewahren? Es wäre ratsam, uns diesbezüglich eine deutliche Erklärung zu geben. Ebenso unbedeutlich ist der Schlusssatz: „Ich werde niemanden nicht hier im Amt und nicht draußen in den Schulen und in den Kulturinstituten nach seiner nationalen, religiösen und politischen Ueberzeugung fragen und ich wünsche nicht, daß mir jemand davon erzähle. Ich werde hingegen oft fragen, ob jeder, der unserer großen Familie angehört, seine durch die Gesetze und durch das Gewissen vorgeschriebene Pflicht erfüllt.“ Was

Ausland.

Branting im Völkerbundsrat. Durch die Erweiterung der Zahl der unabhängigen Mitglieder im Völkerbundsrat ist auch der schwedische Ministerpräsident Branting in diesen Rat gewählt worden. Die Presse seiner Heimat stellt zwischen diesem Amt Brantings und dem Gerüchten einen Zusammenhang her, daß er schwedischer Gesandter in Paris werden soll. Gestützt wird dieses Gerücht durch die Demission des bisherigen Gesandten Erensvaerd und durch eine Reise, die Branting nach Paris unternommen hat. Strebt er wirklich diesen Posten an, so darf man annehmen, daß er durch Verbindung der beiden Mandate seine Tätigkeit im Völkerbund zu einer intensiveren zu machen gedenkt, und das Problem ist, wie er, der Sozialdemokrat, sich und seine Grundfänge als einziger Vertreter des Proletariates in der Völkerbundversammlung wird behaupten können. Der Völkerbund, wie er heute aussieht, entspricht unserm Ideal ganz und gar nicht, zum großen Teil durch Schuld der Franzosen. Wenn ein Sozialdemokrat an ihm teilnimmt, so kann es nur unter der Voraussetzung geschehen, daß er auf eine innere Umgestaltung des Völkerbundes nach wahrhaft internationalen Gesichtspunkten hindrückt. Wir zweifeln nicht daran, daß Branting endlich von dieser Arbeit befreit ist, aber der Boden der Diplomatie ist glatt und gefährlich. Deshalb sind Berichte abzuwarten, ob die sozialdemokratische Partei Schwedens Branting zur Annahme des einen oder beider Mandate ermächtigt hat und welche Richtlinien sie ihm mit auf den Weg gibt. Bis zur Klärung halten wir mit unserm abschließenden Urteil zurück.

Sozialistenverfolgung in Neupolen.

Vor einiger Zeit wurden die Genossen Matuzewski, Burzykowski und Pantrac in Bromberg wegen „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten“, „polenfeindlicher Gesinnung“ oder „Verächtlichmachung von Staatsinstitutionen“ verurteilt.

Tollstoj's „Lebender Leichnam“.

Aus der korrupten Petersburger Gesellschaft floh der Bürger Lew Nikolajewitsch Tolstoj in die reine Natur. Einer, der mit fantastischer Kritik der Vernunft die Lüge, den Diebstahl, die Ausschweifung in jeglicher Gestalt, den sich auch der relativ moralische Mensch der Weltzeit täglich zu schulden kommen läßt, an sich selbst blockte und sich die gewaltige Tat vornahm, aus einem Genießer der Sinnlichkeit ein Genosse der Sittlichkeit zu werden. Sein Weg war schwer, es war der Weg der größten Märtyrer der Welt. An seinem Anfang steht das Bewußtsein und sein Ziel ist das Ueberwundene, das reine, einfache „Ding an sich.“ Dieses im Leben zu verwirklichen, strebte Tolstoj mit aller Inbrunst eines Mistikers, aber vor allem mit der intellektuellen Kraft seiner harten Bauernlogik an. Denn beides war in ihm, Prophetentum und Dukerkium, im Anbeginn seines heiligen großen Wollens scharf geschieden. Aber er mußte diesen Zwiespalt überwinden, wenn er zu seinem Ziele kommen wollte, und es gelang ihm auch wirklich, auf seiner Höhe „die Vernunft eines Propheten und eines Heiligen“ zu haben. (V. Lanbauer.)

Sein Ausgangspunkt mußte ein erschütterndes Rein-sagen sein. Das große Rein Buddha, den der königliche Manx seines väterlichen Palastrates ansetzte, das Rein Rousseaus, des Feldpredigers gegen die Lüge des Kotos, das Rein Schopenhauers, der sich von der Verlogenheit seines Jahrhunderts abwandte. Aber Tolstoj erkannte nicht nur die Wurzel seines Rein, sondern es kam ihm auch die Erleuchtung der Bejahung. Nichtig erschien ihm das oberflächliche Leben der „höbe-

ren“ Gesellschaftsklasse, lügenhaft die Formeln ihres Scheinlebens. In diese Epoche fiel die „Kreuzer-nate“, sein Kampf gegen die Verstrickung in die sündhafte Wollust der körperlichen Liebe. So ward er der Verkünder der Abkehr vom Leibe. Die wahre Welt entsteht im Menschen, wenn er sich mit allem geistig und liebend vereinigt. Das ist der „amor Dei“ Spinozas, die unendliche Liebe, die Liebe zu allem Lebendigen — und diese Liebe fand er — bei den „allen“, in der Masse, unter den verkümpften Menschen, im arbeitenden Volke. Nur dieses besitzt die Beziehung zum Unendlichen. Hier — nicht bei den Priestern der christlichen Religionen — ist Glaube und Leben eine große Einheit. Mit einfachen, einfältigen Bauern und Arbeitern, für sie, in ihrem Ebenbild — nicht anders wird die Heiligkeit der Gesellschaft erschaffen. In ihr werden die Menschen vereinigt sein, die jetzt noch schwach und in die Welt äußerer Formen verstrickt sind, die aber stark und ehrlich nach Reinheit des neuen schöneren Lebens streben.

Für dieses Ziel geht Fedor Protesow, der Held des erschütternden Tolstojdramas „Der lebende Leichnam“, in den Tod. Im Anfang seines wahrhaftigen Menschenlebens steht die Erkenntnis; daß er in der Lüge lebe. Diese Lüge schiebt er in seiner Ehe mit Lisa, die er liebt und dennoch verläßt, weil er weiß, daß sie, die Brave, Anständige zu einem ebensolchen Mann gehört und unbewußt hinneigt. Dieser moralische, strenggläubige Mensch ist Viktor Karenin. Aber Fedors Erkenntnis reicht nicht hin, sein Ausgang aus der Lüge war erst Eingang, noch nicht restloses Aufgehen in die ewige Wahrheit. Denn er fühlt sich noch immer an Lisa geknüpft und auch sie steht unter dem Bann seiner Liebe. Darum treibt es

ihm in den Rausch, wie sehr er auch das Verkehrte solchen Luns begreift. Er will leben — und vergessen. Auf dieser Station seiner Lebenswanderung begegnet ihm das Zigeunermädchen Mascha. Mit leidenschaftlicher Liebe hängt sie an Fedor. Er aber berührt sie nicht. Hier findet das Martyrium der Erkenntnis seine Fortsetzung. Mit Aufbietung seiner ganzen Gehirnenergie ringt er sich dazu durch, der ganzen Lüge, die mit seinem irdischen Dasein verbunden ist, ein Ende zu setzen. Schon greift er zum Revolver — da gewinnt noch einmal die Besuehrerin — Mascha — Gewalt über ihn. Er läßt, von ihr überredet, die Schuld neuer Lügen auf sich, indem er einen Selbstmord bloß täuscht. In Wirklichkeit zieht er lebendig durch die Welt weiter. Aber die Wirklichkeit des Lebens ist nur ein Schein. Der lebendige Körper, welcher den Geist der Lüge in sich trägt, ist nur ein Leichnam. Fedor muß seine Schuld sühnen. Und die Befreiung von allem, was an niedrigen Trieben in ihm ist, setzt ein. Die Erkenntnis wird von der Leidenschaft des Eifers abgelöst. Fedor wird zum Christus: Er weiß Mascha mit den Worten: „Berühre mich nicht“, von sich, brandmarkt ähnlich dem gewaltigen Bergprediger, die Lügeninstitutionen der unmoralischen Gesellschaft, küßt in Demut die Erde, welche von der beschritten wird, der er vermeintlich Böses getan, und endlich nimmt er den freiwilligen Tod auf sich, um die Heiligkeit, nicht nur des Individuums, sondern einer Gesellschaft zu erschaffen. Nun ist sein „Leichnam“, die Lüge, tot und das unendliche Teil seines Wesens zur Ewigkeit befreit. Diese Erkenntnis überfällt Mascha-Magdalena, als sie des sterbenden Feilands Füße küßt.

Wer wagt es, dieses Geschehen nicht Drama zu nennen? Es ist eine ebenso gewaltige Tragödie, wie es der Lebensweg Buddhas oder Christi gewesen ist. Und daß dies einem tief erschütterten Publikum am Sonntag im Neuen deutschen Theater zu Veranschauligung gebracht wurde, ist sowohl der Aufführung im allgemeinen, welche der Regisseur Robin Roberts und ihm folgend auch die Darsteller mit linearer Einfachheit formten, wie vor allem der großen Leistung Moissis zu danken. Moissis war Kind und Kunder, Berberecher und Erlöser, alles zugleich, ein Mensch, der im Grunde seines reinen Herzens mild und gut ist. Nicht ein Einzelner, sondern mit Menschen und Dingen verbunden. Diese Verschmelzung von Wirklichkeit und Ueberweltlichem gelingt Moissis dank der einfachen Formel des vollkommenen Unparteilichen. Deshalb strahlt aus seinem gesprochenen Wort der heilige Geist wieder. Wenn er die Kuffese, das absolut Unerottische, das sich allmählich in dem Wesen Fedors formt, nicht restlos zum Ausdruck brachte, so liegt das sicher an der Fülle des Femininen in seiner Kunst, das ihm im übrigen zur Darstellung der Leidenden unter den Menschen prädestiniert. — Ihn ergänzte mit der Lieblichkeit der Gebärde und des Wortes Fräulein Sonit Rainer, aus deren Singabe an ihre Rolle die Wandlung der liebenden Mascha zur büßenden Magdalena glaubhaft und erschütternd aufstieg. Alle übrigen Darsteller seien mit dem großen Lobe bedacht, daß sie das einheitliche Bild, welches der Regisseur bis auf die letzte an Film und Operette gemahnende Szenerie schuf, nirgends störten. Es war einer der seltenen Abende, an denen ein wirkliches Meisterstück tiefen Eindruck in den Herzen der Hörer hinterließ. o. k.

Jetzt ist auch der Gründer und Vorsitzende der Bromberger Ortsgruppe der Polska Partja Socialistyczna, Gajwronski, drangekommen. Am 7. August 1921 fand im Goldenhof bei Hohenfelsa eine Volksversammlung statt. Genosse Gajwronski, der den Vorsitz führte, erfuhr dabei von den Eisenbahnern, Arbeitern usw., daß der dortige Distriktskommissar Jelski — früher deutscher Wachtmeister in Klauschau — den Sozialisten und Gewerkschaften bei der Veranstaltung von Versammlungen Schwierigkeiten bereite, den christlichen Demokraten gegenüber aber das größte Wohlwollen zeige. Da ein Ausnahme- oder Belagerungszustand nicht besteht, ist eine besondere Genehmigung für Versammlungen nicht notwendig. Genosse Gajwronski teilte das den Versammelten mit und fügte hinzu, daß die bloße Kenntnisgabe einer Versammlung an den Kommissar genüge. Der Kommissar ließ nach der Versammlung Genossen Gajwronski durch einen Polizeibeamten in ein Restaurant neben dem Versammlungsort rufen, wo sich Gajwronski legitimieren sollte. Er legte die Legitimation vor, aus der der Polizeibeamte etwas abschrieb. Ein Jahr war vergangen. Da bekam am 21. v. M. Gajwronski plötzlich eine Anklagefrist, er habe den Bromberger Starosten Niesiolowski öffentlich beleidigt (§ 187 des deutschen Strafgesetzbuches), er habe gesagt, daß „Niesiolowski ihn wie den Teufel fürchte“. — Sechs Tage später, am 27. v. M., fand die Verhandlung vor der Strafkammer in Hohenfelsa statt. Der Staatsanwalt beantragte zwei Wochen Gefängnis. Das Verdict aber verhängt im Namen der polnischen Republik eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten wegen Beleidigung eines Beamten. Hierzu schreibt die Bromberger „Volkszeitung“: „Sozialisten oder Deutsche werden angeklagt, wenn sie Maßnahmen irgendeiner untergeordneten Behörde einer Kritik unterziehen. Nationalistenblätter können den Präsidenten der Republik auf das gemeinste beschimpfen und kein Wort danach. In sozialistischen Versammlungen wird jedes Wort der Redner auf die Goldwaage gelegt und notiert, auf die hysterischen Hysteriden politisierender Geistlicher usw. dagegen hat bis jetzt noch kein Staatsanwalt reagiert.“

Der Prozeß gegen die Rathenau-Mörder.

Leipzig, 9. Oktober. Der Präsident gibt zu Anfang der heutigen Verhandlung bekannt, daß die Krankheitserscheinungen eine ernstere Ursache, vermutlich einen Anschlag auf die Angeklagten haben.

Ein Zeuge, ein Schulfreund Günthers, schildert diesen als Aufschneider, wenn seine eigene Person in Frage kommt, sonst sei er nicht lügenhaft. Eine nochmalige Verragung Günthers ergibt, daß er in den nationalen Kreisen trotz seiner angeblichen Anschlußliebe noch immer eine erhebliche Rolle spielt.

Als Jagow zu wissen wünschte, ob ein Wiederaufnahmeverfahren in seiner Hochverratsache von Ludendorff für angebracht angesehen würde (Ludendorff rät davon ab), wurde Günther als Mittelsmann benützt. Er hat mehrere Briefe von Ludendorff, Helfferich und Oberst Bauer, die aber keinen politischen Inhalt haben sollen.

Als Reichstagsabgeordneter Fackel fragt, ob Günther in diesem Briefe nicht den Beweis gesehen habe, daß Ludendorff usw. seine politische Betätigung billige, protestieren die Verteidiger gegen diese Frage und der Vorsitzende bittet, solche Fragen nicht zu stellen, denn es handle sich hier nicht um die politische Betätigung Ludendorffs und nicht um die Organisation „C“, gegen die ein besonderes Verfahren schwebt.

Staatsrat Dr. Schütz erklärt in einem längeren Gutachten Günther für vermindert zurechnungsfähig.

Dann wird die am Freitag abgebrochene Vernehmung gegen Tilleßen, Kapitänleutnant a. D. zu Ende geführt. Er stellt den Zeugen Brunfigam, der noch vernommen werden soll, als einen Spieß hin, der ihn zur Ermordung Rathenaus habe aufreizen sollen. Angeblich habe er ihm nur Geld gegeben, weil Brunfigam sich als von den Kommunisten verfolgt ausgab. In sonderbarem Widerspruch dazu steht wieder die Angabe, daß derselbe Brunfigam zu dem Zwecke finanziert wurde, sich in die kommunistischen Organisationen einzuschleichen und sie auszuspäionieren. Brunfigam habe maßlos gegen die Juden und Rathenau gehetzt. In der Erregung sei ihm bloß dabei der Ausdruck entfahren: „Dann ist noch immer Zeit, Rathenau zu erschießen.“ Er bedauere diesen Ausdruck außerordentlich. Er würde ein solches Attentat nie selbst begangen oder unterstützt haben. Ueber Rathenau äußerte sich Tilleßen, er habe den Eindruck gehabt, daß Rathenau immer klug und zweifellos auch tatsächlich im deutschen Sinne tätig gewesen sei. Er selbst sei jedoch Gegner der Erziehungspolitik gewesen. Er habe nie gegen die Regierung gehetzt. Den Ausdruck „Das Schwein Erzberger“ sei abgelehnt worden“, lautet angeklagt energisch. Ueber seine Teilnahme am Morde Rathenaus befragt, äußerte sich Tilleßen, er sei mit Brandt nach Berlin gefahren, wo ihm dieser von dem Parteikern Kenntnis gab, ein Attentat auf Rathenau auszuführen. Brandt sollte das Automobil besorgen. Im Restaurant „Eunbfelhe“ im Grunewald legte ihm Kern den Plan auseinander. Er habe abgesehen und den Plan für Wahnsinn erklärt. Schließlich habe er den Eindruck gehabt, daß auch Kern schwankend geworden sei. Tschow gegenüber habe Kern so lange wie möglich nichts von seinem Plane gesagt.

Eine Rede Dr. Rašins.

Kleine unwälzenden Pläne. — Arbeit und Sparbarkeit.

Im Präsidium des Finanzministeriums begrüßte am 9. d. vormittags die Beamenschaft aller Sektionen dieses Ministeriums den neu angetretenden Finanzminister Dr. Alois Rašin, den der leitende Sektionschef Dr. Blaša in seiner Ansprache versicherte, daß sich zwar im Ministerium während der drei Jahre, wo der Minister seinen Wirkungskreis verlassen hatte, viel geändert hat, keineswegs jedoch der Geist, den Dr. Rašin als erster Minister der Beamenschaft eingeträgt hat.

Finanzminister Dr. Rašin antwortete: Ich will es ganz aufrichtig sagen, daß ich in Eure Mitte gerührt zurückkehre, gerührt deshalb, weil ich gern unter Euch weilte. Nur der Umstand, daß ich gleich zu Anfang der Republik in ihrer Zukunft ergeben Mitarbeiter bekommen habe, nur das hat es ermöglicht, daß wir gleich vom Anfang an den Grundstein für die finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung unseres Staates legen konnten. Wenn ich heute neuerdings an den Ort zurückkehre, wo ich zum erstenmale Finanzminister war, so seid versichert, daß ich auch dann unter Euch war, als ich nicht Minister war, daß meine größte Sorge immer war, daß wir auf der eingeschlagenen Bahn ausharren, daß wir unseren Staat tatsächlich finanziell und wirtschaftlich stark machen. Ich für meine Person bin überzeugt, daß wir, wenn wir die Wege gegangen wären, die wir in unserer Umgebung sehen, wenn wir unsere Währung und unsere Staatswirtschaft ruinieren hätten, nicht nur wirtschaftliche Verluste erlitten, sondern auch unsere politische Freiheit verloren hätten. Erwägt nur, daß unsere Krone dort wäre, wo die österreichische oder ungarische Krone ist! Was müßte die Folge dieses ganzen Zustandes sein? Daß ein Geröde angefangen hätte, die Zerstückelung Österreichs sei ein Unglück gewesen, in Mitteleuropa müßte wieder irgendein einseitlicher Staat geschaffen werden. Das würden nicht nur unsere Feinde sagen, sondern vielleicht auch unsere treuesten Freunde. Wenn wir also danach streben, unseren Staat finanziell und wirtschaftlich zu stärken, wenn auch mit unpopulären Mitteln, wenn auch in einer Art, die der Bevölkerung und der Beamtenschaft Entlastung auferlegt, so tun wir das doch

nur in dem großen idealen Streben, die Freiheit unseres Staates zu sichern.

Glaubt man verschiedentlich in der Öffentlichkeit, daß Wunder und Gott weiß was für Unwägungen geschehen werden, wenn ich komme, so urteilt man schlecht. Ich glaube, daß die wichtigste und schärfste Kraft in den Nachkriegsjahren Ausdauer und Geduld ist. Da ich davon überzeugt bin, daß wir nur durch Ausdauer und Geduld etwas Besseres erzielen können, erwartet weder Ihr noch die Öffentlichkeit von mir irgendwelche Experimente. Wir werden ruhig den betretenen Weg weitergehen, wir werden in unserer gesamten Bürgerchaft die Ueberzeugung erwecken, daß zur Heilung der Nachkriegsnot Arbeit und Sparbarkeit notwendig sind und daß, wenn alle Bewohner treu und redlich dienen, auch wir dauernd aus den Nachkriegsnot herauskommen. Ich weiß, daß die Zeiten keineswegs günstig sind, daß wir viele Schwierigkeiten werden überwinden müssen. Aber es wäre ein Fehler, wenn Männer Schwierigkeiten fürchten und nicht alles zur Heilung des Staates wärdeten, nach dem das ganze Volk 300 Jahre sich gelehrt hat.

Ich werde von der Beamenschaft Arbeit verlangen. Ich werde die Hebung des gesamten Beamtenstandes wollen, damit er ein Rufus für die Bevölkerung sei. Feind werde ich sein einem jeden Beamten, der glaubt, er könne, da er die Freiheit bekommen hat, Versammlungen besuchen und dort grobe, unpassende Reden führen. Ich werde wollen, daß die Beamten gegenüber der Bürgerchaft die Staatsverwaltung repräsentieren. Andererseits kann aber jeder Beamte sich darauf verlassen, daß ich nicht dulden werde, daß ein Beamter, wenn er seine Pflicht tut, durch Versammlungen geschleift und beschimpft werde (Beifall). Das werde ich keinem gegenüber dulden, wie ich hier ganz offen sage (Beifall). Es wäre überaus traurig, daß wir, im Besitze eines Staates, dulden, daß Leute zu Versammlungen laufen und agitieren, damit die vom Parlament beschlossenen und vom Präsidenten genehmigten Steuern nicht gezahlt werden, oder daß sie Beamte angreifen, die ihre Pflicht voll erfüllen.

Heute ein kritischer Tag.

London, 9. Oktober. Reuter meldet aus Konstantinopel: Ismid Pascha hat General Harrington mitgeteilt, daß er die Einstellung aller Truppenbewegungen angeordnet habe. Morgen wird General Harrington Ismid Pascha die Vorschläge der Mächte bezüglich der Uebergabe Thrakiens und die Räumung der neutralen Zone mitteilen. Morgen wird daher ein kritischer Tag sein.

Schwierigkeiten auf der Orient-Konferenz.

Paris, 7. Oktober. (Havas.) Zwischen den alliierten und türkischen Generälen soll wegen der Rückgabe Thrakiens an die Türken ein Konflikt ausgebrochen sein. Die Alliierten schlagen vor, Thrakien von den griechischen Truppen sofort räumen zu lassen, die örtliche Verwaltung den Rhetemalisten zu übertragen und ihnen eine lokale türkische Gendarmerie zu belassen. Das Gebiet sollte jedoch bis zum Abschluß des Friedens unter der Aufsicht der alliierten Truppen bleiben. Der ottomanische Vertreter forderte dagegen die Rückgabe Thrakiens unter die türkische Souveränität in einem Zeitraum von 30 Tagen nach der Räumung der Provinz durch die Griechen. Die alliierten Generäle weigerten sich, eine derartige Forderung anzunehmen, die dem Abschluß des Friedens vorgehreife und dahin führen würde, die Türkei in ihren alten Grenzen wieder einzusehen, bevor sie sich mit den Alliierten über die Gesamtheit der Friedensbedingungen verständigt hat. Das scheint das Problem zu sein, dem sich Poincaré und Lord Curzon gegenüber befinden.

Anerkennung die Neuordnung Thrakiens durch England.

London, 7. Oktober. (Havas.) Das britische Kabinett hat das zwischen Poincaré und Lord Curzon in der thrakischen Frage abgeschlossene Abkommen ratifiziert. Die Ratifizierung dieses Abkommens wird durch ein Schreiben nach Paris mitgeteilt werden, in dem gleichzeitig eine Interpretation gegeben wird, die das britische Kabinett zu einigen Punkten gibt, besonders betreffs der türkischen Gendarmerie. Die Zahl dieser Gendarmerie in Thrakien muß zu ihrer Mission proportioniert bleiben.

Die Griechen räumen Ostthrakien.

Athen, 9. Oktober. (Havas.) Der Ministerrat beschloß, die von Venizelos eingetroffenen Telegramme in Erwägung zu ziehen. Die griechische Regierung stimmte der Räumung Ostthrakien zu und wird nur noch über die Räumungsfrist Verhandlungen führen.

Politische Krise in London?

Konstantinopel, 9. Oktober. (Havas.) Der englische Generalkonstab meldet, daß türkische Kavallerie und Infanterie die neutrale Zone gegen Ismid durchzogen haben.

Für die Forderungen der proletarischen Jugend.

Eine große Kundgebung der Tepitzer.

Die kommunistischen sozialistischen Jugend-Muskelin.

Tepitz, 9. Oktober. Zu Hunderten waren die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen des Bezirkes Tepitz dem Rufe des sozialistischen Jugendverbandes und der tschechischen sozialistischen Jugendorganisationen nach Weißkirchitz gefolgt, um ihre eindringliche Stimme für ihre gerechten Forderungen zu erheben. Raum war die Versammlung eröffnet. So wollten die anwesenden Kommunisten zeigen, daß sie auch da sind. Ein Kommunist verlangte, daß auch ein kommunistischer Referent angehört werde. Mit Rücksicht darauf, daß die Versammlung in ihrer überwiegenden Mehrheit sozialistisch war, wurde vom Präsidium dieses Verlangens abgewiesen und erklärt, daß die Kommunisten nach der Debatte sprechen könnten. Die Kommunisten hatten eine rege Agitation zum Besuche der Versammlung entfaltet. Aber trotzdem sie aus ganz Nordböhmen, von Ruffia, Reichenberg und Komotau zusammengekommen waren, hatte sich doch nur ein geringes Häufchen zusammengefunden.

Zunächst hielt Genosse Paul ein eingehendes Referat über die wirtschaftlichen Forderungen der Jugend. Er betonte insbesondere die Dringlichkeit des Jugendurlaubs. Er sagte hierbei: „Wir haben unsere Forderung überhaupt nicht erzielt werden kann.“ An dieser Stelle riefen die Kommunisten „Wochens“ und verursachten einen großen Lärm. Das entschlossene Auftreten unserer Genossen aber zeigte ihnen, daß wir nicht gewillt sind, unsere Versammlung zu stören zu lassen. Genosse Paul kam dann auf die Reform des Gewerbeschulwesens zu sprechen und betonte, daß wir uns ganz entschieden gegen den Abend- und Sonntagsunterricht stellen. Dieser würde eine Verlängerung der Arbeitszeit der Lehrlinge und einen Durchbruch des Achtstundentages bedeuten. Der sozialistische Jugendverband forderte den Ganzen oder Halbtagsunterricht. Er forderte weiter die Unentgeltlichkeit des Unterrichts. Redner kommt dann auf die kommunistischen Störenfriede zu sprechen und sagt auf einen Zwischenruf nach der Einheitsfront, daß diese neue kommunistische Parole geschaffen wurde, nicht etwa deshalb, weil es der Arbeiterschaft schlecht geht, sondern deswegen, weil es der kommunistischen Partei schlecht geht. Die Kommunisten haben an unserer Jugendbewegung ein großes Verbrechen begangen. Im Jahre 1919 gelang es uns noch, tausende jugendliche Arbeiter auf die Beine zu bringen gegen den Militarismus. Heute können wir dies nicht, weil die Kommunisten unsere Bewegung ver schlagen haben. Ein gebanntes Kind fürchtet das Feuer, daher werden auch wir unsere liebgewordenen Organisationen nicht von den Kommunisten zer schlagen lassen. Redner schließt: „Wir werden nicht ruhen und rasten, bis unsere Forderungen zum Durchbruch gelangt sind und unbefürmert von der Reaktion von links und rechts unseren Weg weiter gehen.“

Sodann sprach für die tschechische sozialistische Jugend Genosse Meduna aus Bruch und für die tschechische sozialdemokratische Jugend Genosse Zeithaml. Alle Referate wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Sodann betrat Genosse Doktor Kundadsi aus Georgien die Rednertribüne. Er dankte zunächst für die stürmische Begrüßung und schilderte dann eingehend die Notlage, in der sich die Arbeiterjugend der ganzen Welt befindet. Er zeigte, welcher Unterschied zwischen den kommunistischen Worten und Taten besteht. Die Kommunisten haben die sozialdemokratische Republik Georgien im tiefsten Frieden überfallen und vernichtet. Dann haben sie in die Welt die Nachricht von einer inneren Umwälzung posamt. Das ist nicht wahr. Die Bevölkerung von Georgien ist sozialdemokratisch. Von 120 Abgeordneten, die Georgien gewählt hat, sind 109 Sozialdemokraten. Tausende junger Genossen schmachten in Gefängnissen und wurden in die Verbannung ins Hungergebiet geschickt. Trotzdem hat das georgische Volk den Glauben an den Sozialismus nicht verloren. Es wurde eine Resolution angenommen, in der den georgischen Jugendgenossen der brüderliche Gruß der Versammlung entboten wird.

Während der Rede des georgischen Genossen kam es wiederholt zu von den Kommunisten hervorgerufenen Lärm Szenen. Es wurde weiter eine Resolution angenommen, in der entschieden die Gewerkschaft des vierzehntägigen bezahlten Urlaubes für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter gefordert wird. Es wird weiter gefordert, daß im Parlamente die Gesetzentwürfe auf Reform des Fortbildungsschulwesens endlich behandelt werden. Wir fordern insbesondere, daß der Sonntag- und Abendunterricht an den Gewerkschaften aufgehoben und der ganztägige und halbtägige Unterricht eingeführt wird. Es wird weiter die Forderung nach Jugendinspektoren, staatlichen Berufsberatungsstellen, besonderen Erholungsheimen für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter, gesetzliche Lehrverträge und anderes ausgesprochen. Sodann sprach in der Debatte der Kommunist Koiskner aus Berlin. Während seiner Rede kam es zu großen Lärm Szenen. Die gebührende Antwort wurde ihm vom Genossen Dr. Heller erteilt.

Die Versammlung in Prag.

Die Prager sozialistische Jugend kam in Massen zu der Versammlung, die am Sonntag Vormittag im großen Saale auf der Saphien-

Telegramme.

Regierungsrufe in England.

London, 9. Oktober. Wie die Blätter melden, hat das National Joint Labor Council, das heute zusammentrat, um die Krise im Nahen Osten zu besprechen, eine Entschleunigung angenommen, in welcher der unverzügliche Rücktritt der Regierung und die Wahl eines neuen Parlamentes gefordert wird.

Paris, 9. Oktober. (Havas.) „Echo de Paris“ meldet aus London: In den Londoner Klubs sei die Rede von einer politischen Krise, die als Folge der vollständigen Niederlage der Orientpolitik Lloyd Georges entstanden sei. Curzon, Chamberlain und Bonar Law werden als Nachfolger Lloyd Georges genannt.

insel veranstaltet wurde. Der Kampf um die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen, den die sozialistische Jugend heute durchkämpfen muß, um sich ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen, hat den Ruf nach der proletarischen Einheitsfront der Jugendlichen zur Tat werden lassen; daß die Kommunisten da nicht mittun, und lieber eigenbrüderlich ihre schädliche Taktik weiter verfolgen wollten, zeigt von dem mangelnden Pflichtbewußtsein der Moskauer Zeitschriften gegenüber den Forderungen der proletarischen Jugend. Die kommunistischen Jugendlichen, die sich zu der Prager Versammlung eingefunden hatten, glaubten jedenfalls, hier „Diktatur im Kleinen“ ausüben zu können, als sie sich zu Beginn dieser Versammlung aufwarfen wollten, obwar sie durch ihren abnehmenden Standpunkt bei den Einigungsverhandlungen jedes Recht verloren hatten, jetzt noch ihre hirngepinnten Weisheiten der andersdenkenden Arbeiterjugend überhaupt vortragen zu dürfen. In der Versammlung sprach über die „wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Arbeiterjugend“ der Abgeordnete Genosse Roudelka aus Kolin. Nach ihm sprach für die tschechische nationalsozialistische Jugend der Abgeordnete T. Černohorský aus Prag-Zizkov, worauf für die deutsche sozialdemokratische Jugend Genosse Müller aus Komotau das Wort ergriff. Genosse Müller führte in seiner von großem Beifall begleiteten Rede den Standpunkt unserer Jugend zu deren dringenden Forderungen aus und beurteilte das Vorgehen der Kommunisten, die nur Zwietracht unter die Arbeiterjugend säen wollen. Er begriffte die nach vielen Bemühungen endlich zustandgekommene Einheit der wirklich sozialistisch denkenden Jugend und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Kampf der proletarischen Jugend siegreich zu Ende geführt werde.

Als die Rede des Genossen Müller vom Genossen Bondy ins Tschechische überfetzt wurde, brach ein Sturm der antwortenden Kommunisten los, die dem Genossen Bondy vorwarfen, daß er falsch überfetzt und einige Stellen zungunsten der Kommunisten absichtlich falsch wiedergäbe. Der V. a. m. der Kommunisten steigerte sich noch, als ihrem Redner das Recht nicht zuerkannt wurde, seine Ansichten über die proletarische Einheitsfront — die ja ohnehin jedem bis zum Überdruß schon bekannt sind — zu äußern. Es sprach hierauf noch die Abgeordnete Frau V. a. m. d. S. v. H. v. H., worauf die Resolution, die die Forderungen der Arbeiterjugend enthält, mit allen gegen vier Stimmen angenommen wurde. Mit dem Liede der Internationale wurde dann die machtvolle Versammlung geschlossen.

An unsere Bezieher!

Wir bitten, uns von etwa vorkommenden Unregelmäßigkeiten in der Zustellung unseres Blattes stets sofort Kenntnis zu geben. Derartige als „Zeitungsreklamation“ bezeichnete Zuschriften sind offen aufzugeben und sind portofrei.

1011

Tages-Neuigkeiten.

Doktor Diplom gesucht. Für gutes Geld ist alles zu kaufen und für tschechoslowakische Edelvaluta suchen Drogen und Schmarotzer nicht nur Kleider und Stiefel, sondern auch akademische Würden billig zu erwerben. Wie weit das geht, beweist folgendes Inserat aus der Nr. 18 der „Oesterreichischen Chemikerzeitung“ vom 15. September 1922:

Kaufe

eine gute Dissertation

aus organischer Chemie. Offerte unter „Sofort R. T. 381“ an Rudolf Woffe, Prag II. Palais Moruna.

Alle Achtung vor dem Verlag Rudolf Woffe, der solche Käufe vermittelt! Und unsere besondere Hochachtung dem edlen tschechoslowakischen Hochschüler, der sich auf solche Weise einen akademischen Grad erschwandeln will, den auf ehrliche Weise zu erwerben ihm seine Charakterlosigkeit, sein schwacher Kopf und seine Faulheit hindern. Aber was geniert solchen Doktoranden den Mangel an Fähigkeiten und edlen Eigenschaften, da er doch das Edelste vom Edlen — hochwertige Valuta besitzt! Vater Fabrikant oder Papa Schieber wünschen, daß ihr Sprößling Doktor der Chemie werde und es liegt ihnen nichts an ein paar lumpigen hundert Kronen, wenn sie damit dem geliebten Sohne die große Arbeit ersparen können, die wahrscheinlich ohnehin keinen Erfolg bräuh. In Wien laufen ja so viele verhungerte geistige Arbeiter herum; unter ihnen werden sich schon einige Chemiker finden, die es vorziehen, statt zu verhungern, das Produkt ihres Geistes und Fleißes, eine wissenschaftliche Arbeit, die sich zur Doktordissertation eignet, für Edelvaluta zu verkaufen. Die Offerten werden bei Rudolf Woffe in Prag einlaufen, der Herr Doktor in spe wird sich die billigste Dissertation aussuchen und seinen Weg machen — dank der „Oesterreichischen Chemikerzeitung“ und der Agentur Rudolf Woffe, dank der kapitalistischen Ordnung, innerhalb deren die Hungernden für die Lotten auch Doktorhüte zu erzeugen haben.

Einzelheiten aus der Spionagesäffäre. Die sonntägigen „Lid. Roviny“ bringen biographische Details aus dem Leben des verhafteten 23jäh-

Die Wirtschaftskrise.

Die Initiative der Regierung beim Preisabbau.

Der Aufruf der Regierung an Handel und Industrie, nur rasch mit dem Preisabbau zu beginnen, und der insofern gut gemeint war, als er die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der Kohlenabgabe, der Umsatzsteuer, den indirekten Verbrauchssteuern und den sonstigen drückenden Blüten im Steuerbüchlein unserer Regierung abzulenken sollte, wurde hauptsächlich von jenen Kreisen kritisiert, denen man Opfer zumutete, während man es in der Regierung nur bei schönen Worten beließ.

Nun schreitet die Regierung erfreulichere auch zu Taten und es fand bereits unter Vorsitz des Handelsministers Ing. Rokal und unter Teilnahme von Vertretern der beteiligten Ministerien am 4. Oktober im Handelsministerium eine Sitzung über eine Preisermäßigung statt. Die Beratung, an der auch Vertreter der Interessenten teilnahmen, zeitigte das Ergebnis, daß das Finanzministerium die Preise in nächster Zeit wesentlich herabsetzen kann. Reichlich lange hat es wohl gedauert, bevor die Regierung zur Einsicht gelangte, daß sie in der hochwichtigen Frage des Preisabbaues mit gutem Beispiele vorangehen müsse. Aber der Fehler wird gutgemacht dadurch, daß sie mit der Preisherabsetzung bei einem Monopolartikel beginnt, der für die Volkswirtschaft von größter Bedeutung ist und der die Herabsetzung der Kohlenabgaben und sonstigen Lasten, die man für später in Aussicht nimmt, reichlich auswiegt. Wir dürfen also mit einer baldigen Besserung der wirtschaftlichen

rigen Offiziers Kovakovsky und des 23-jährigen Studenten Schwabe. Kovakovsky, welcher nach dem Umsturz in die tschechoslowakische Armee übernommen wurde, hat sich angeblich oft als kühn und mutig erwiesen und ist vom General Snejdarek infolgedessen mit dem tschechoslowakischen Kriegskreuz ausgezeichnet worden (!). Im Felde und im Amt war er „musterhaft, fleißig, gewissenhaft und diskret“ — kurz, er besaß alle Eigenschaften, die den schneidigen altpöblereichen Offizier auszeichnen haben. Denn, die „Lid. Roviny“ verabsäumen auch nicht, es besonders hervorzuheben: „Kovakovsky, ein schöner eleganter Mann, erfreute sich auch der Gunst und Liebe bei den Brünner Damen der tschechischen und deutschen Gesellschaft.“ Wer denkt nicht an Schnitzers welschen „Leutnant Gustl“? Und daß sich der wahrscheinlich früher deutschnationale Kovakovsky nach dem Umsturz „zur tschechischen Nation“ bekannt hat, paßt zu seinem ganzen Charakter-Bilde ausgezeichnet. Sein Mitarbeiter Karl Schwabe scheint ihm ebenbürtig zu sein. Er ist angeblich ein glühender Bewunderer des Abgeordneten Baeran, in dessen Familie er verkehrte. Er soll der Hauptheld der Affäre gewesen sein. Interessant sind auch die Details aus dem Leben des dritten Verhafteten. Kapitän Wurm, der dem Präsidium des Landesverteilungsministeriums attached war, soll ursprünglich Sekretär des deutsch-agrarischen Abgeordnetensklubs gewesen sein; als Reservelapitan sei er vor zwei Jahren ins Ministerium berufen worden und sei — er beherrscht die tschechische Sprache vollständig — bei den Beziehungen mit den deutschen Abgeordneten und Senatoren verwendet worden. Seine Aufnahme sei über Verlangen der deutschen Politiker erfolgt. Der Verdacht gegen ihn bestand schon lange, es konnte ihm aber nichts nachgewiesen werden. — Wenn die Gelbentaten der deutschnationalen und der ihnen verwandten Kreise so ausschauen, dann kann sich allerdings Abgeordneter Baeran zu seinen Erfolgen selbst gratulieren!

Der Schmod der „Abwehr“. Das Warnsdorfer deutschbürgerliche Scharfmacherblatt hat neuerdings die Tatsache erwähnt, daß der „Schmod“ aus Freytags „Journalisten“, der so und auch so schreiben kann, unsterblich ist. Dieses arbeitserfreundliche Blatt beherbergt in seiner Redaktion jahrelang einen gewissen Dr. Siegfried Klausner, der gleichzeitig Redakteur des Wiener „Abend“ war, eines kommunistischen Blattes, das vorgibt, das Kapital mit aller Leidenschaft und Ehrlichkeit zu bekämpfen. Dem einerseits deutschnationalen, andererseits deutschdemokratischen, jedenfalls aber durch und durch kapitalistischen Wachern der Warnsdorfer „Abwehr“ war es natürlich kein Geheimnis, daß sein Wiener politischer Berichterstatter Dr. Klausner zur gleichen Zeit, da er in Warnsdorf arbeitserfreundliche Politik machte, in Wien — für gutes Geld — „auf Seiten der Schwachen“ stand. Aber das geniert selbstverständlich die Habritanten von Warnsdorf, von denen die „Abwehr“ lebt, durchaus nicht. Für ihre Zwecke und ihr Geld hat Dr. Klausner geschrieben, was sie wünschen. Die Kapitalistenklasse kauft sich alles, auch die Überzeugung eines Kommunisten und das wird ihm im Fall Klausner nicht einmal schwer gefallen sein.

„Und in den Haaren liegen sich beide.“ nämlich die Ritter von Ar und Palm und das gelbe Verrätergeseindel. Ihre Kampferprobe, gut deutsche Liebe währte so lange, daß man glauben konnte, sie hätten einen ewigen Bund geschlossen. Doch wie die bisherige Politik dieser Brüder ceter Teug und Lüge war, so entpuppte sich auch ihre Liebe als ganz gemeine Interessengemeinschaft zur Ausbeutung der arbeitenden Massen. Und da aus den ehemaligen Kommagnons nun Konkurrenten geworden sind, so bewerben sie sich nach Art einer schmutzigen Konkurrenz mit Not und Fogen sich nun die bisher im Interesse der

Verhältnisse rechnen, denn die Preisherabsetzung, die sogar eine ganz wesentliche sein soll, bezieht sich auf die Preise — der fiskalischen Sprengstoffe. So baut man ab!

Die Leitmeritzer Stadtvertretung gegen den Preisabbau und für die Arbeitslosigkeit.

In der Sitzung am 5. Oktober stellte Gen. Fachlehrer Hlavitsky namens seiner Fraktion einen Dringlichkeitsantrag, in welchem Maßnahmen gegen die unvermindert weiterbestehende Teuerung der notwendigsten Bedarfsartikel, insbesondere der Fleisch- und Wurstwaren, und gegen die immer bedrohlicher werdende Arbeitslosigkeit gefordert wurden. Es wurde eine Reihe dringender Arbeiten aufgezeigt, die zum größten Teile im Vorausschlage bedeckt sind, und die in Angriff genommen werden könnten. Die Frage der Dringlichkeit wurde eingehend begründet, trotzdem aber von der deutschbürgerlichen Mehrheit verneint. Interessant ist, daß auch die deutschen Nationalsozialisten gegen den Antrag stimmten.

Die Krise in der Slowakei. Das „České Slovo“ meldet, daß die Textilbetriebe in Sillein, Rajec, Cadec und Dpatov in der Slowakei sämtliche Arbeiter und Beamten entlassen und am 1. November die Produktion einstellen werden. Die maschinelle Einrichtung werde der Konzern nach Ungarn bringen und dort neuerdings die Produktion aufnehmen.

Ausbeutungsgemeinschaft wohlweislich verschwiegenen Wahrheiten ins Gesicht. Die tapferen, nur auf das Wohl des Volkes bedachten Heilschreier werden durch die gegenseitigen Enthüllungen in das eigentümliche Licht gerückt. Der Duxer „Tag“ spießt Galie, schreit von Volksverrat und spricht von schmutzigen Geschäften, die „Deutsche Landpost“ gibt dem „Signer“ den Hieb kräftig zurück. Die Einheitspartei der Deutschen ist also auf dem besten Wege! Der Duxer „Tag“ eröffnet zuerst den Reigen der „Enthüllungen“, indem er berichtet, daß bei der „grünen Woche“ in Leitmeritz ein Gemeindegewiss ausgehakt gewesen sei, unter dem gefährlichen Stand: „Geschossen am . . . von Franz Kiepke als Gast des Präsidenten Masaryk.“ Also Volksverrat! Die „Deutsche Landpost“ stellt diese Behauptung des „Tag“ natürlich als gemeine Lüge hin. Und so geht der Pressekrieg weiter. Der „Tag“ macht Anhebungen, daß er der „Landpost“ ein „Vieblein aus der vergangenen Zeit der Denkmalsstürze aufspielen werde, das ihr (der Landpost) verdammt in die Beine fahren dürfte.“ In der „Landpost“ werden wieder Pfaffen gebraucht, wie: „nicht vor den Diäternissen Halt machen“ und andere mehr. Der Tanz beginnt somit äußerst niedlich zu werden. Die „treuen“ Deutschen sind über Nacht zu Verrätern und Volksbetrüggern geworden. Das gute Geschäft, das die schmutzige Gesellschaft bisher auf Kosten der Arbeiterschaft gemacht hat, scheint ihr in den Kopf gestiegen zu sein und ihre Mitglieder beginnen sich nun selbst zu zerfleischen. Wir können den Beteiligten nur dankbar sein, daß sie uns die Wahrheit über sie selbst enthüllen. Die Arbeiterschaft wird den Kampf zwischen „Tag“ und „Landpost“ gewissenhaft verfolgen und wird sich über die „Volksbegluder“ die richtige Meinung bilden.

In den Tod geht! Unter diesem Titel brachten wir am 27. September einen Bericht über den Selbstmord des Leutnants Leo Sorel in Budapest, der durch Ararialschulden in den Tod geht wurde. Wir schrieben auf Grund eines von Sorel hinterlassenen Briefes, damals, daß er infolge unberechtigter Abzüge für Ararialschulden, deren Entstehung nicht untersucht wurde, monatlich 560 K Gehalt bezog. Das sich daraus ergebende Hungerlohn habe ihn in den Tod getrieben, da er nicht die Möglichkeit besaß, das von ihm geliebte Mädchen heimzuführen und obendrein noch hungern mußte. Wie uns nun von kompetenter militärischer Seite mitgeteilt wird, betragen die Abzüge des Leutnants Sorel für Ararialschulden monatlich 86.33 K, sodas er nach Abstrich der übrigen Abzüge monatlich 848.75 Kronen bezog. Da diese Angaben nach dem Wagentzettel des Leutnant Sorel gemacht sind, ist kein Grund vorhanden, sie anzuzweifeln. Damit ist aber die ganze Angelegenheit noch lange nicht aufgeklärt. Denn durch die bloße Feststellung, daß Sorel „nur“ 86.33 K monatlich für Ararialschulden abgezogen erhielt, ist der Passus im Abschiedsbriefe des Unglücklichen, in dem er seine Schuldsigkeit beteuert, mit keinem Worte sargefellt. Da auch Sorel mehr Gehalt bezog als wir seinerzeit berichteten, so ändert dies nichts an der Feststellung, daß durch unverschuldete Ararialschulden heute eine Anzahl von Offiziersleuten vernichtet werden. Solange wir darüber keine Verichtigung erhalten, müssen wir das vernichtende Urteil Sorels über die unmöglichen Zustände in der Militärverwaltung voll und ganz als Tatsache aufrechterhalten. Im Interesse der über den grauenhaften Selbstmord Sorels und dessen erschütternden Abschiedsbrief in berechtigte Aufregung und Empörung geratenen Öffentlichkeit verlangen wir eine rasche Klarstellung der Angelegenheit und eine Aufklärung darüber, inwiefern sich die Angaben Sorels über die Ararialschulden mit der Wirklichkeit decken.

Ein gräßliches Familien drama in Tepliz. Sonntag vormittags wurde im Hause „Zum

goldenen Löwen“ am Badeplog in Tepliz ein furchtbares Familien drama entbedt. Man fand in ihrem abgesperrten Wohnzimmer den Ingenieur Wenzel Tielbel schwer verletzt und dessen Sohn Ferdinand tot auf. Das Dienstmädchen, das in der Früh ins Wohnzimmer des Tielbel nicht Einlaß erhielt, verständigte die Polizei, welche die Wohnungstür öffnen ließ. Der Anblick, der sich den Polizeibeamten beim Betreten des Zimmers bot, war ein schauerlicher. Die beiden Tielbel lagen blutüberströmt in ihren Betten. Ferdinand war die Schädeldecke zertrümmert worden, während der Körper seines Vaters furchtbare Verletzungen am Halse, Kopfe und Bauche aufwies. An der Tür hing ein blutdurchtränkter Strid. Wenzel Tielbel wurde in bewusstlosen Zustand ins Krankenhaus gebracht, während man die Leiche seines Sohnes in die Friedhofshalle überführte. Nach unzusammenhängenden Äußerungen des schwerverletzten Tielbel kann man schließen, daß der Ingenieur zuerst seinen Sohn mit einem sogenannten „Frangosenschlüssel“ erschlagen hat und sich dann die Halsadern durchschneiden wollte. Die Verletzungen am Kopfe und am Bauche rühren von einer Papierfähre her. Tielbel wollte sich dann jedenfalls an der Tür erhängen, was ihm mißlang. Wie der Teplitzer Polizeibericht meldet, hat Tielbel seine Tat vermutlich wegen finanzieller Schwierigkeiten begangen. Tielbel, der als äußerst nervöser Mensch bekannt war, hat zweifellos in geistiger Umnachtung gehandelt. Da die Einvernahme Tielbels bis jetzt nicht möglich war, muß noch erwartet werden, ob seine Aussagen in die bisher vollständig unaufgeklärte Angelegenheit Licht bringen werden.

Der Giftmordversuch an den Kathenaumördern. Die Verhandlungen des Staatsgerichtshofes in Leipzig wurden gestern um neun Uhr vormittags wieder aufgenommen, da das Befinden der Angeklagten sich soweit gebessert hat, daß sie der Verhandlung wieder bewohnen können. Die „Montagspost“ meldet, die chemische Untersuchung der Pralines habe ergeben, daß diese präpariert waren. Auch sei durch die polizeiliche Untersuchung festgestellt worden, daß die Schokoladenpäckchen, die den Angeklagten Warnedo und Pselmann zugesandt wurden, nicht von einer Schokoladenfabrik stammen, sondern von dritter Seite. Wie das Blatt weiter berichtet, sein umfangreiche Schutzmaßnahmen getroffen worden, da am Montag ein neues Attestat auf einen der Angeklagten befürchtet wird. Zuhörer werden nur in beschränktem Maße gegen polizeiliche Legitimation zugelassen werden.

Vorlesungen Masaryks an der Prager tschechischen Universität. Wie die „Tribuna“ meldet, wird der Präsident der Republik anlässlich seiner Ernennung zum Ehrenprofessor der Karls-Universität der Tradition gemäß noch in diesem Wintersemester einige Vorlesungen, vermutlich über das Thema „Die Slawen nach dem Kriege“, halten.

Die militärischen Studienurlaube. Auf Grund einer amtlichen Verlautbarung werden die für das Jahr 1922-23 angeforderten militärischen Studienurlaube automatisch vorläufig zum 31. Oktober 1922 verlängert. Der Urlassschein für das Studienjahr 1922-23 wird nachträglich den zuständigen Militärkörpern übermittelt werden. Die alten, bis zum 1. Oktober 1922 gültigen Urlassscheine sind ebenfalls in Prag-Kleinseite, Strala-Akademie, abzugeben. Besuche um Erteilung eines definitiven Studienurlaubes müssen sofort bei den zuständigen Ergänzungsbezirkskommanden eingereicht und mit der Bestätigung der Hochschulbehörden über die im Vorjahre gepflogenen Studien versehen sein.

Meritale Herrschau in Budapest. Das Ungarische Pressbüro meldet aus Budapest: Sonntag begann der auf drei Tage anberaumte Katholikentag mit einem eucharistischen Anzuge, der sich von der Inneren Stadt auf den Parlamentenplatz bewegte. An der Prozession nahmen etwa 100.000 Personen teil, darunter Minister für Kultus und Unterricht Graf Aelbelsberg, die Gemahlin des Reichsverwesers und die in Budapest anwesenden Erzherzoge und Erzherzoginnen. Auf dem am Haupteingang des Parlaments errichteten Altar feierte Kardinal Fürsprimas Cernoch eine Messe, worauf der apostolische Nuntius den apostolischen Segen erteilte. Im Laufe des Tages fanden Versammlungen der deutschen und der slowakischen Katholiken statt. Nachmittags begann im Redoutensaal der Kongress.

Der unzufriedene Prinz Georg von Serbien. Nach einer Meldung aus Belgrad wurde die Antwort des Prinzen Georg als nicht befriedigend angesehen, und die Regierung beschloß daher, dem Könige den Antrag auf Einberufung eines Kronrates zu stellen, der über die Mahreglung des Prinzen zu entscheiden hätte. In der „Epoca“ erklärt Prinz Georg, daß seine mündlichen Antworten vor dem Ministerrate nicht genau wiedergegeben wurden, daß ausschließlich seine schriftliche Antwort maßgebend sei. Die radikale „Tribuna“ führt aus, daß das Verhalten des Prinzen geradezu staatsgefährlich geworden sei, da sich alle staats- und dynastiefeindlichen Elemente um ihn zu scharen beginnen. Das Blatt fordert deshalb die Regierung auf, den Prinzen durch eine Geldsumme abzuführen und ihn für immer aus dem Lande zu verweisen.

Der Glücklingsstrom aus Thrazien. Aus Athen wird gemeldet: Die Zahl der in Saloniki angekommenen Flüchtlinge beträgt 150.000, die Zahl der im Piräus angekommenen 25.000. Es sind Chozra und Thyzos amgetreten. 35.000 Menschen sind auf der Insel Samos von Hungersnot bedroht. Lebensmittel sind auf dem Wege.

Ein Schmugglernetz. Ein Riesen schmuggel nach der Tschchoslowakei wurde, wie die Tschoslowaer „Volkspresse“ aus Breslau meldet, im Grenzort Geyer...

Verhaftung eines Mörders. Am 21. September haben die aus der Theresienstädt Militärsanitäts geschützten Josef Zal und Alois Koptiva den Geyer Wenzel Kocanek aus Mladotin erschossen...

Die Zukunft der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten.

Die Bodenreform der Tschchoslowakei befindet sich im Anfangsstadium ihrer Entwicklung und ihre bisherigen Ergebnisse bezeugen, daß unsere Befürchtungen nicht ohne Begründung waren...

In den verschiedenen die Bodenreform dieses Staates berührenden Gesehen ist zwar die Rede von der Versorgung oder Entschädigung jener Arbeitnehmer...

Die rigorose Handhabung der einschlägigen Gesehe durch das Bodenamt kann auch die Güterbeamtenhaft vollständig wehrlos machen.

vom 8. April 1920 sieht zwar eine sehr nützliche Klärung vor, doch auch diese kann durch das Bodenamt umgangen werden.

Das Gesetz vom 8. April 1920 spricht im V. Teil von der Sicherstellung der Angestellten auf dem beschlagnahmten und übernommenen Grundbesitze.

Vor der Novellierung des Gesetzes vom 8. April 1920 war die Konstriktion aller auf dem Großbesitze tätigen Angestellten vorgesehen.

Wie bereits erwähnt, sieht die Gesetzgebung einen vollkommen unzureichenden Schutz oder eine Verforgung für jene Forst- und Güterbeamte vor.

Zur Sicherstellung der Alters- und Invaliditätsgenüsse wird nach § 73 des vorerwähnten Gesetzes ein besonderer Fond geschaffen.

Das Fürsorgeministerium mit etwas über drei Prozent an den Staatsausgaben partizipiert. Die Verwaltung dieses Fandes hat ein fünf- bis siebenköpfiges Kuratorium zu leiten...

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Gerichtssaal.

Die Affäre des Joachimstaler Hotelbrandes.

Chrenbeleidigungslage Dr. Moravec gegen Dr. Poutek. Gestern fand vor dem Bezirksgerichte in Prag-Zschichow unter dem Vorsitz des Landeschrichters Dr. Felix die Chrenbeleidigungslage statt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die englischen Gewerkschaften.

Vor kurzem haben die britischen Gewerkschaften in Southport ihren 34. Jahreskongress abgehalten. Während im Jahre 1921 — wie wir der „Arbeiterzeitung“ entnehmen — auf dem Kongress in Cardiff 6.416.510 Mitglieder vertreten waren...

zuweisen haben. Aus diesem Mitgliederrückgang darf man aber nicht schließen, daß die Gewerkschaftsbewegung Englands vom Verfall bedroht wäre.

Schiedspruch im reichsd. deutschen Buchdruckgewerbe. Nach dem am Freitag die Verhandlungen im Tarifankämpfe der deutschen Buchdrucker ergebnislos abgebrochen worden waren...

Deutschlands schwebende Schuld. Nach einer amtlichen Uebersicht über die Finanzabwicklung des Deutschen Reiches hat die schwebende Schuld an diskontierten Schatzanweisungen...

Ende des Streiks in Le Havre. Die „Journal Industrielle“ aus Le Havre meldet, hat das Streikkomitee nach 110tägiger Arbeitsruhe den Streik für beendet erklärt.

Die Unterdrückung der Genossenschaften in Georgien. Der Internationale Genossenschaftsbund hat an die bolschewistische Regierung von Georgien in Tiflis folgendes Telegramm geschickt...

Tobias Mindernidel. (3)

Robelle von Thomas Mann. Dann bettet er Esau mit Sorgfalt auf das Sofa, seht sieh neben ihn, säugt das Kind in die Hand und sah ihn mit milden und süßen Augen an.

in unwirtlichem Tone zu sich rief und es anheftete.

„Dah nun den Hebernur, es liegt kein Grund vor, so umherzutanzgen.“ Einmal geschah es sogar, daß Esau aus der Stube entwich und die Treppe hinunter auf die Straße sprang.

hemitleidende ihn mit unermüdlicher Sorgfalt und Freude.

„Schmerzt es sehr?“ sagte er. „Ja, ja, du seibst bitterlich, mein armes Tier! Aber sei still, wir müssen es ertragen.“ Sein Gesicht war ruhig, wehnützig und glücklich bei solchen Worten.

gar nicht geneigt, sich ferner in dieser Weise behandeln zu lassen, schnappte munter nach der Hand, die ihn streicheln wollte.

Was nun geschah, war etwas so Unverständliches und Inzames, daß ich mich weigerte, es ausführlich zu erzählen. Tobias Mindernidel stand mit am Seibe herunterhängenden Armen ein wenig vorgebeugt, seine Lippen waren zusammengedrückt, und seine Augen zitterten unheimlich in ihren Höhlen.

genannte „Arbeitergenossenschaften“ erfährt, die vollständig von der kommunistischen Partei mit Hilfe des Staates geschlossen sind. Viele Genossenschaften sind geschlossen. Eine sehr große Zahl Genossenschaften stehen vor der Unmöglichkeit, ihre Ziele zu verfolgen, weil man fortgesetzt ohne triftigen Grund ihre Geschäftsführer, ihr Personal, ihre tätigen Genossen in das Gefängnis wirft. Seit der Genossenschaften werden bereits seit einem Jahr ohne Richterspruch gefangen gehalten. Die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrats ist nicht frei; sie erfolgt mit Hilfe der Behörden unter dem Druck der kommunistischen Partei. Diese Tatsachen sind erlebt und erwiesen und haben uns sehr lebhaft erregt. Wir gestatten uns, Ihre Aufmerksamkeit auf diese traurige Lage der Genossenschaftsbewegung zu lenken in der Hoffnung, daß unverzüglich Maßnahmen getroffen werden, um ihr ein Ende zu bereiten. Es herrscht unter der gewaltigen Mehrheit der Genossenschaftler ganz Georgiens ein äußerst heftiges Verlangen, ihre genossenschaftliche Tätigkeit in voller Freiheit zu organisieren. Das sind unseres Erachtens sehr berechtigte Wünsche, die den Entscheidungen der internationalen Genossenschaftslongaffe entsprechen und genehmigt sind von den nationalen Organisationen aller Länder.“ Daran ist zu erkennen, wie die Kommunisten in Georgien jede Form der Arbeiterbewegung niederzustrampeln.

Ausfuhr russischen Porzellans. Die staatliche russische Porzellanmanufaktur hat zum ersten Male Porzellanfabrikate usw. im Umfange von fünf Waggonsladungen nach England ausgeführt. Bisher wurde Porzellan nur nach Deutschland exportiert.

Kurse der Valuten.

Die tschechische Krone notiert in:

Währ.	Chw. Krant 0'12,00
Berlin	Markt 02,50
Wien	Österr. Kr. 2225.-

Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden . . .	1100.00	1104.00
100 Mark	115.00	135.00
100 Schweiz. Franc . .	529.00	532.00
100 Lire	119.75	121.25
100 franz. Francs . . .	213.75	215.25
1 Pfund Sterling . . .	123.25	124.75
1 Dollar	28.05.00	28.45.00
100 belg. Francs . . .	201.00	203.00
100 Lina	42.50	43.00
100 österr. Kronen . . .	0.05.00	0.04.00
100 poln. Mark	0.21.00	0.31.00
100 magyar. Kronen . .	118.50	118.50

Züricher Schlusskurse (Devisen).

	Kurs		Kurs
Berlin	0.20.50	Paris	40.85.00
Wien	0.00.75	Mailand	22.90.00
Bras	19.00	Budapest	0.21.50
Holland	207.80	Agram	2.00.00
New York	5.34.25	Warschau	0.05.25
London	23.94	Wien gef.	6.00.87

Aus der Arbeiterbewegung.

Das gespaltene italienische Proletariat.

Unser römischer Mitarbeiter sendet uns einen längeren Bericht über die Ergebnisse des letzten italienischen Parteitages, dem wir folgenden Abschnitt entnehmen.

Die beiden aus der Spaltung hervorgehenden Parteien, die sich beide „sozialistische Partei Italiens“ nennen, wobei die Rechte den — unseres Erachtens unglücklich gewählten Zusatz — „einheitliche sozialistische Partei“ anfügt, sehen sich verschiedenen Problemen und Schwierigkeiten gegenüber.

Die Maximalisten müssen sich von neuem mit Moskau auseinandersetzen, welche Schwierigkeit durch den Mailänder Parteitag ausgeschaltet schien, da die italienische Partei dort als „gelbe Verräterpartei“ in den Bann getan worden war. Heute fängt aber alles noch einmal von vorne an. Die Maximalisten, und an ihrer Spitze Serrati, der noch im August nichts von der Dritten Internationale und ihren 21 Thesen wissen wollte, haben beschlossen, wieder bei der Dritten Internationale um Zulassung zu bitten. Wie sie das machen wollen, ohne sich mit der kommunistischen Partei Italiens zu verschmelzen, ist rätselhaft, da diese die anerkannte italienische Sektion der Internationale darstellt und den Statuten gemäß in jedem Lande nur eine Sektion bestehen darf. Maximalisten und Kommunisten leben in Italien in bitterster Feindschaft, in einem beständigen Schimpfduell der widerwärtigsten Art, und man kann sich nicht recht denken, wie sich die beiden, der Dritten Internationale zuliebe, miteinander vertragen werden. Zum Ueberflus bestehen innerhalb der maximalistischen Gruppe, die heute die „gereinigte Partei“ darstellt, Gegner des Anschlusses an die Dritte Internationale, die sich um den Abgeordneten Pellagrini gruppieren. Mit dem Aufgehen der Maximalisten in der kommunistischen Partei würde die Parteieinheit auf sehr einfache Weise von selbst wieder hergestellt, indem sich die, die gestern ausgeschlossen haben, heute selbst anschließen. Wir glauben aber nicht an diese Möglichkeit, sondern nehmen an, daß Moskau den Italienern eine Extrawurst braten und ihnen gestatten wird, zwei Sektionen der Internationale in demselben Lande zu bilden.

Einstweilen haben die Maximalisten beschlossen, diejenigen Sektionen, die für das Zentrum gestimmt haben, also die Maximalisten, die gleichzeitig die Parteieinheit bewahren wollten, nicht in ihre Partei aufzunehmen. Schon in ihrer ersten Tagung zeigt sich ein starkes Ueberwiegen der nach links drängenden Elemente, deren normales Ziel, wenn auch ihnen selbst heute noch unbewußt, die kommunistische Partei ist.

Die Partei der Rechten wird voraussichtlich sehr bald die Maximalisten an Zahl überreffen. Ganz richtig sagte Turati in seinem trübden Schlußwort zum Parteitag, daß die Parteien des Zentrums, die Parteien der Vermittlung, heute ihre Daseinsberechtigung verloren haben. Die meisten dieser Sozialisten werden in der Rechtspartei enden, die sich keineswegs die Kolaboration zur Aufgabe stellt, sondern nur für die Parlamentsfraktion Bewegungsfreiheit fordert, die Möglichkeit, die Stimmen der Fraktion zugunsten eines Ministeriums in die Waagschale zu werfen, falls sich ein Ministerium finden sollte, das Gesetz und Recht im Lande wieder herzustellen sucht. Von heute an wird jede der beiden Parteien für sich arbeiten, um auf ihre Art den Interessen der Masse und des Sozialismus zu dienen. Der Bruderzwist und die aus ihm folgende Vergeudung von Kraft sollte damit von selbst ein Ende finden. Die Zeiten sind tiefere für Italien: es droht der faschistische Vorstoß auf Rom, es droht eine Militärdiktatur. Die Scharen des italienischen Proletariats marschieren getrennt; möge die entscheidende Stunde sie bereit finden, vereint zu schlagen.

Kunst und Wissen.

Arbeitervorstellung „Lohengrin“. Der Verein deutscher Arbeiter erfüllte die Aufgabe, im Rahmen einer Arbeitervorstellung eines der umfangreichen Werke des Bayreuther Meisters aufzuführen. Daß die Wahl auf „Lohengrin“ fiel, auf jenes Werk, das Richard Wagner selbst sein vollstimmlichstes nannte, war nur zu begrüßen. Die sehr saubere Aufführung, die sich bemühte, in Wort und Ton den Intentionen des großen Meisters nahezukommen, war von der Festimmung des Publikums getragen. Das Orchester, das von Kapellmeister Faloway geleitet wurde, verhalf dem musikalischen Gedanken des Werkes zu einer prägnanten, feingetönten Wiedergabe, in der man den großen Zug nicht vermißte. Was die Darstellung anbelangt, so bemühten sich die Künstler, den Eindruck einer Sonntag-Nachmittagsvorstellung nirgend auskommen zu lassen. Herr Nachod als Lohengrin bewegte sich auf dem Boden der Wagnerschen Heldenpartie mit ziemlicher Sicherheit. Im Anfang war eine leise Befangenheit zu spüren, die den fleißigen, überwältigenden, zauberhaften Eindruck, den das Erscheinen Lohengrins auslösen soll, etwas beeinträchtigte. Er traf nicht gleich die Distanz, die den Gralkitter über das Niveau des Menschlichen hinaushebt. Im Verlaufe der Aufführung aber wuchs der Künstler mit seiner Aufgabe zu beträchtlicher Höhe und gab besonders in der Brautzene und in der Gralkörperzählung eine einwandfreie Leistung. Maria Müller erfasste glücklich den Charakter der Elfa und ließ der jugendlichen Gestalt glaubhaft die leidverklärten und innigen Jüge der schwergeprüften und der glücklichen Heldin in Ton und Haltung, wobei sie stimmlich ihr Bestes gab. Johanna Pertold und Josef Schwarz gaben das Verlöbtenpaar Ortrud—Telramund darstellerisch bildhaft, musikalisch im Stil der Partie. Dasselbe ist von Bertold Sterned zu sagen, der den König Heinrich verkörperte. Zum Schluß sei noch anerkennend Adolf Buchs, der Schürmer des Königs erwähnt. Zu bedauern war nur, daß das große Ensemble des zweiten Aktes weggelassen werden mußte und die überleitende Musik nach der Verwandlung des dritten Aktes der drängenden Zeit zum Opfer fiel. Wir sehen die Notwendigkeit der Kürzung aber ein, weil eine Lohengrin-Aufführung ohne Striche weit über den zeitlich begrenzten Rahmen einer Nachmittagsvorstellung hinausgegangen wäre. Das Publikum war von der Vorstellung hoch befridigt und applaudierte solange, bis der eiserne Vorhang niederging. d—h.

Nachsvorstellung am Prager Theater. Man gedenkt also auch in dieser Saison die berühmtesten Nachsvorstellungen beizubehalten. Es genügt, sich daran zu erinnern, zu was für einem großen Anfang im Vorjahre unsere erste deutsche Bühne gelegentlich dieser Vorstellungen mißbraucht wurde, um auch heute das künstlerische Niveau dieser Aufführungen prognostizieren zu können. Der entsprechende Anfang wurde am Samstag gemacht: „Ein Abenteuer in Marokko“ nennt sich ein „Schwanz“, der angeblich einem Franzosen zum Autor hat. Ich näher mit diesem eben Zeug zu befaßen, hieße ihm zu viel Ehre antun. Der Schwanz verdankt wohl seine Aufnahme in die Reihe der Nachsvorstellungen der Ueberfülle von alternen Joten und schmierigen Andeutungen, die selbst für den geistig primitivsten Sereinander zu überreichend wären. Auch die Darstellung sei besser mit Schweigen übergangen; für die „Liebhaber“ der Nachsvorstellungen ein „erfreulicher Anfang“.

Neues Theater. Heute, Dienstag, den 10.: „Der lebende Leichnam“ (mit Moissi); Mittwoch, den 11.: „Der letzte Walzer“; Donnerstag, den 12.: „Der lebende Leichnam“ (mit Moissi); Freitag, den 13.: „Der Wolf“; Samstag, den 14.: „Eugenoten“, 10 Uhr nachts „Abenteuer in Marokko“; Sonntag, den 15.: „Vettelstudent“, abends „Bajadere“.

Kleine Bühne. Heute, den 10.: „Watermord“; Mittwoch, den 11.: „Siebeler“; Donnerstag, den 12.: „Watermord“; Samstag, den 14.: „Haben Sie nicht zu verzossen?“, Sonntag, den 15.: nachmittags „An Teetisch“, abends „Papa“.

Literatur.

Walter Schuppil: Die tschechische Revolution. (Wien, C. B. Tal u. Co.) Das Buch vereinigt Aufsätze aus dem Jahre 1918/19. Aber es wirkt, als wäre es vor zwanzig Jahren geschrieben. So schal und abgestanden klingen die Worte, so erzwungen der „witzige“, „scherzhafte“ Ton für eine ernste Sache. Feuilletons vom Tage muß man genießen können wie frisches Bier, sonst schmecken sie wie Hanzel. Und wehe gar, wenn ein Feuilletonist über Geschichte, wirkliche Geschichte kommt. Der Besessene seiner Kleinheit und der Größe des historischen Lebens ist dann einfach unerträglich. Weidlich jedermann vor diesen grimassierenden angeblichen „Blaubereien“ auftrichigt gewarnt sein soll. K.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Gôrka. Sonntag, den 22. Oktober im kleinen Saale des Hotels „Weißes Roß“ in Gôrka Bezirkskonferenz. Tagesordnung: Berichte, Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, Unsere nächsten Aufgaben, Neuwahlen und Allgemeines.

Bereinsnachrichten.

Von der Zentrallegislative der Angestelltenverbände. Der von den in der Zentrallegislative der Angestelltenverbände vereinigten freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen veranstaltete Vortrag des Kollegen R. Feldmann, Sekretärs des Zentralvereins kaufmännischer Angestellter, über die deutschösterreichische Angestelltenbewegung und soziale Gesetzgebung findet heute um sieben Uhr abends im Lidovskum, Fybernergasse, Gartensaal, statt.

Turnen und Sport.

Fußball. Prag. Slavia gegen Sparta Roklik 5-1(3-0), Sparta Madno gegen Meteor Weinberge 2-0(0-0) in Madno, DTG gegen Deutsche Sportklub 4-1(1-0).

Ein unentbehrliches Handbuch Arbeiter-Jahrbuch 1923

das in keiner Arbeiterfamilie fehlen darf, ist das das in den nächsten Wochen im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik erscheint. Gerade das Beste ist für die Arbeiter gut genug. Kein minderwertiges Gedicht, keine leichte Erzählung fand deshalb Aufnahme in dieses proletarische Hausbuch. Der Leser findet darin nur die besten Namen des deutschen und ausländischen Schrifttums. In allzuvielen Arbeiterfamilien findet man leider noch immer die süßlichen „Familienkalender“ mit ihren verlogenen, saden „moralischen“ Geschichten. Arbeiter, die stolz darauf sind ihre proletarischen Pflichten zu erfüllen, die keine bürgerliche Zeitung in ihrem Heim dulden würden, kaufen gedankenlos irgend einen dieser von geschäftstüchtigen Unternehmern auf den Markt geworfenen Kalender und kümmern sich nicht darum, was für Bücher solcher Art ihre Frauen nach Hause bringen. Das muß anders werden! In seinen Feierstunden, wenn er im Kalender blättert, soll der Arbeiter nur schöne, wertvolle Erzählungen, geistvolle Dichtungen, gediegene Aufsätze finden. Die aber bietet ihm in überreicher Fülle das „Arbeiter-Jahrbuch“. Trotz des reichen Inhaltes und der vorzüglichen Ausstattung kostet das „Arbeiter-Jahrbuch“ nicht mehr als 7 Kronen. Der Preis wurde so niedrig gehalten, um es jeder Arbeiterfamilie zu ermöglichen, sich dieses wertvolle Hausbuch anzuschaffen. 1056

Gegen die modernen Götzen

(Schreibt Heinrich Mann in seinen Romanen Teufelskinder, Professor Urat, Die Frauen. Jeder Band gebunden 32 Kronen. Zu beziehen durch die
Buchhandlung Freiheit
Teplyšská, 18.
Theresienstraße 18.

Lato die beste
Milch-Schokolade
besorgt den Konsum-Vereinen die
G. E. I.

a. Bauer & Co.
Prag, Celestná 35.
visávis Pulverthurm.



Haus für moderne Herren- und Damen- Bekleidung

nimmt den Kampf bis auf Aeußerste gegen die Teuerung auf ohne Rücksicht auf die Regierungsaufforderung.
Grundpreis eines
Herrenanzuges 230.-
Reinwolle v. Kc aufwärts.
Damenmäntel 80.-
von Kc
aufwärts. 1070
bis zu den feinsten Qualitäten. — Vor Einkauf beachten Sie unsere Schaufenster und vergleichen Sie die Preise und Qualitäten.

Mitteilungen aus dem Publikum.
W. STANEK TEE PRAG

Verantwortlicher: Dr. Ludwig Tzsch und Karl Cermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Abtiefungsanstalt, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: O. Solik.

PALMA
Kautschuk Absatz
und
Sohle



Unerreicht an
Passform und
Haltbarkeit.
Ersetzen das
teuere Leder